

Chancen für ein anhaltendes Wachstum IW-Konjunkturprognose – Frühjahr 2007

Arbeitsgruppe Konjunktur*, Mai 2007

Erstmals seit dem Ende des langen Aufschwungs in den achtziger Jahren gibt es gute Chancen für eine anhaltend dynamische Entwicklung in Deutschland. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in Deutschland im Jahr 2007 um 2,5 Prozent und im Jahr 2008 um 2,2 Prozent zulegen. Damit wird Deutschland über drei Jahre in Folge ein Wirtschaftswachstum von mehr als 2 Prozent aufweisen. Der Außenhandel hat weiterhin eine tragende Rolle für die deutsche Konjunktur. Die Weltwirtschaft wird bei überschaubaren Risiken eine robuste Entwicklung zeigen. Damit werden in absehbarer Zeit die Produktionsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft weitgehend ausgeschöpft. Der weiterhin anstehende Modernisierungsbedarf und die durch die starke Kapazitätsbeanspruchung notwendigen Erweiterungsinvestitionen halten den Investitionszyklus aufrecht. Durch den markanten Beschäftigungsaufbau werden auch der private Wohnungsbau und der Private Konsum expandieren. Die Arbeitslosigkeit wird im Jahr 2007 auf 3,85 und im Jahr 2008 auf 3,62 Millionen Arbeitslose sinken. Infolge der konjunkturellen Erholung und stärker steigender Einnahmen als Ausgaben kommt auch die Konsolidierung des Staatshaushalts voran. Das Budgetdefizit vermindert sich auf 0,9 Prozent in diesem Jahr und auf 0,6 Prozent im Jahr 2008.

Anatomie des Aufschwungs

Kraft und Ausdauer des Konjunkturaufschwungs in Deutschland stellen Fragen an die Qualität dieser Entwicklung. Die Einschätzung, dass es sich derzeit um mehr als eine gewöhnliche zyklische Bewegung handelt, drängt sich schon deshalb immer stärker auf, weil die zuletzt weitgehend spannungsfreie gesamtwirtschaftliche Expansion in einem deutlichen Kontrast zu den Befunden der Jahre 2001 bis 2005 steht, als der Wachstumstrend der deutschen Volkswirtschaft bei 1 bis maximal 1½ Prozent verharrte. Die Anatomie des Aufschwungs verrät einen Teil dieser Besonderheiten:

*Ralph Brügelmann, Winfried Fuest, Michael Grömling (Koordination), Michael Hüther, Manfred Jäger, Hans-Peter Klös, Rolf Kroker, Jochen Pimpertz, Christof Römer, Holger Schäfer und Christoph Schröder.

- Im Vergleich zu früheren Erholungsphasen seit dem Jahr 1991 ist nunmehr ein von Investitionen getragener Zyklus zu beobachten. Dieser erscheint gleichwohl als deutlich verzögert, mitunter auch als eine Realisation der über längere Zeit aufgestauten Investitionen. Der Weg zur Erholung begann nach der Jahresmitte 2003 in einer äußerst unübersichtlichen Gemengelage aus Börsenbaisse nach dem Platzen der Blase an den Aktienmärkten, beschleunigt durch Bilanzskandale, geopolitische Schocks, währungspolitische Unsicherheiten und deutliche Preissteigerungen auf den Rohstoffmärkten. Der Blick auf die positiven strukturellen Veränderungen im Gefolge der Globalisierung, vor allem auf den Gewinn an energiepreisunabhängiger Preisniveaustabilität, war damit zunächst verstellt.
- Parallel zur weltwirtschaftlichen Beruhigung und der anschließenden Erholung musste eine spürbar weniger expansive Geld- und Finanzpolitik verkraftet werden. Deren massive expansive Impulse zu Beginn des Jahrzehnts waren auch als eine Kompensation einer durch die Turbulenzen an den Finanzmärkten wie durch die veränderte geopolitische Lage verursachten höheren Risikoprämie zu verstehen. Diese Risikoprämie hatte weltweit, vor allem aber in Europa und hier besonders in Deutschland, zu einer Investitionszurückhaltung geführt. Risikoprämien aufgrund solcher qualitativ neuartiger Schocks wirken trotz einer realwirtschaftlichen Aufhellung länger und erfordern daher eine besondere Nachhaltigkeit der anschließenden konjunkturellen Aufwärtsbewegung.
- Die Unternehmen haben die schockartig veränderten Handlungsbedingungen für tief greifende Veränderungsprozesse genutzt. Standort- und Prozessinnovationen waren gleichwohl schon weit vorher auf der Tagesordnung. Die in den neunziger Jahren betriebene Internationalisierung der Wertschöpfung einerseits und die Einbindung in Produktions-, Zuliefer- und Wissensnetzwerke andererseits werfen nun vor dem Hintergrund dynamischer Weltmärkte ihren Ertrag ab. Waren die neunziger Jahre zunächst geprägt durch den Aufbruch der ehemaligen Zentralverwaltungswirtschaften in die Transformation, so trat ab Mitte dieses Jahrzehnts die Börsenhausse im New-Economy-Boom in den Vordergrund. Heute – nach vielfältigen Anpassungsprozessen – erleben die Unternehmen weitgehend unverzerrt die Wirkungen der Globalisierung. Zugleich agieren sie in einer veränderten Risikolandschaft, denn das globale Risikomanagement scheint sich grundlegend verbessert zu haben.

All dies klingt nach einer schönen neuen Welt. So weit ist es aber bei weitem noch nicht. Die Dynamik vieler gesamtwirtschaftlicher Größen – wie die der Investitionen oder des Privaten Verbrauchs – ist sowohl im Zeitvergleich wie im Standortvergleich keineswegs besonders gut (IW Köln, 2006). Deutschland bleibt ökonomisch immer noch unter seinen Möglichkeiten. Die deutsche Wirtschaft hat aber wieder Fahrt aufgenommen, so dass diese

ökonomischen Möglichkeiten neue Dimensionen erreicht haben. Erstmals seit dem Ende des langen Aufschwungs der achtziger Jahre gibt es mittelfristig gute Chancen für eine dynamische Entwicklung. Insofern ist derzeit deutlich mehr als eine zyklische Korrektur zu beobachten. Vielmehr besteht die reelle Chance, dass durch die erfolgreiche Bewältigung des unternehmerischen Strukturwandels in der internationalen Arbeitsteilung ein neuer Wachstumspfad erklimmen wird. Deutschland ist derzeit offensichtlich ein gutes Beispiel dafür, dass die Globalisierung mehr Chancen als Risiken bietet. Vor diesem Hintergrund werden bei der Prognose der kurzfristigen konjunkturellen Entwicklung zunächst die weltwirtschaftlichen Bedingungen – die Wachstumspotenziale und die möglichen Risiken – in den Blick genommen.

Stabile weltwirtschaftliche Expansion bei überschaubaren Risiken

Nachdem die Wachstumsrate der realen globalen Wirtschaftsleistung in drei aufeinander folgenden Jahren auf dem Rekordniveau von über 5 Prozent lag, dürfte sie sich in diesem und im kommenden Jahr nur geringfügig auf knapp unter 5 Prozent abschwächen. Damit bleibt auch der Welthandel, der sich in den Jahren 2007 und 2008 in realer Rechnung um jeweils 7,5 Prozent erhöhen dürfte, in einer robusten Verfassung. Die Zunahme befindet sich in etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Wesentlicher Grund für die leicht verlangsamte weltwirtschaftliche Gangart wird ein Rückgang des Wachstumstempos in den USA sein. Dieser wird zumindest teilweise durch ein etwas höheres Wachstumstempo in den Ländern der Eurozone aufgefangen werden. Die Wachstumsperformance des asiatischen Raums und der neuen EU-Mitgliedsländer bleibt weiterhin äußerst stark.

Über die vergangenen Jahre hat sich gezeigt, dass der weltwirtschaftliche Aufschwung von großer Robustheit gezeichnet war – und dies trotz einiger Faktoren, die das Wachstum hätten gefährden können. So stieg der Ölpreis über die vergangenen Jahre deutlich an und erreichte zeitweilig im vergangenen Sommer neue Höchstwerte, bei denen deutlich über 70 Dollar pro Barrel gezahlt werden mussten. Obwohl dieser Anstieg auch Ausdruck einer weltwirtschaftlichen Stärke ist, weil eine kräftig steigende Ölnachfrage auf ein beschränktes Angebot traf, hätte er in der Vergangenheit die weltwirtschaftliche Entwicklung gefährdet. Denn üblicherweise bremst ein darauf folgender starker Anstieg der Inflation das Wachstumstempo. Dies ist aber nicht geschehen. Trotz zeitweiliger Ängste in dieser Richtung, ist das Inflationstempo moderat geblieben, so dass die Zentralbanken nicht unter Druck gerieten, die Zinsen über das neutrale Niveau hinaus deutlich nach oben anzupassen. Die Robustheit des hohen Wachstumspfads zeigt, dass nicht lediglich einzelne Faktoren hinter dieser Entwicklung stehen, sondern vielmehr strukturelle Veränderungen, die die Entwicklung der Weltwirtschaft nachhaltig beeinflussen. Lediglich an den Immobilien-

märkten haben sich in den letzten Jahren verstärkt Inflationstendenzen gezeigt. Das moderate Inflationsumfeld hilft, das Lohnwachstum zu dämpfen, und verschafft auch so der Geldpolitik zu mehr Spielraum.

Für eine solche Entwicklung – robustes Wachstum bei relativ ruhiger Inflation – können im Wesentlichen drei Entwicklungen ausgemacht werden:

- Erstens hat die Globalisierung durch eine weitere Spezialisierung und Arbeitsteilung zu Effizienzgewinnen geführt, die sich nun zunehmend in Wohlfahrtsgewinnen für die Volkswirtschaften niederschlagen.
- Zweitens hat ebenso eine zunehmende Liberalisierung diese Gewinne ermöglicht. So zählt sich die Flexibilisierung von Produkt- und Gütermärkten aus. Die Handelsliberalisierung konnte den internationalen Gütertausch forcieren, während die Flexibilisierung der Finanzmärkte half, die Risiken zunehmend besser zu streuen und damit das Risikoniveau insgesamt zu verringern.
- Drittens hat sich die Stabilität der Weltwirtschaft erhöht. Denn im Vergleich zu früheren Konjunkturmustern ist eine Situation noch nicht eingetreten, in der ein solch dauerhaft hohes Wachstum mit einer relativ niedrigen Inflation verbunden war. Wesentlich für diese Entwicklung ist auch die Integration der Länder China, Indien sowie der neuen mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländer in die Weltwirtschaft. Denn durch die Integration dieser Länder hat sich das Wachstumspotenzial der Weltwirtschaft erhöht. Diese Entwicklung verursacht eine kostengünstigere Produktion und damit niedrigere Preise, die offensichtlich an die Konsumenten weitergegeben werden. Die Inflation bleibt moderat und die Lohnentwicklung wachstumsfreundlich. Gleichzeitig entstehen durch diese Wachstumsmärkte aber auch neue Absatzchancen für die westeuropäischen oder US-amerikanischen Unternehmen, die dadurch ihre Ertragskraft steigern können.

Vor allem die Integration der Länder Asiens in die Weltwirtschaft und deren starkes Wachstum haben die Größenverhältnisse verschoben. So hat sich die reale Wirtschaftskraft der asiatischen Länder seit dem Jahr 1980 verdreifacht. Im Vergleich hierzu ist die Wirtschaftsregion Nordamerika nur um das Doppelte angestiegen, und die der Eurozone stieg nur um das 1,7-Fache an. Noch deutlicher zeigt sich die Diskrepanz, wenn das lange Zeit wachstumsschwache Japan aus den Berechnungen ausgeklammert wird. Dann hat sich die asiatische Wirtschaftskraft seit dem Jahr 1980 sogar versechsfacht, und der Anteil Asiens ohne Japan am weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg von fast 8 Prozent im Jahr 1980 auf nunmehr fast 13 Prozent im Jahr 2006 an (Abbildung 1). In der Folge erhöhte sich

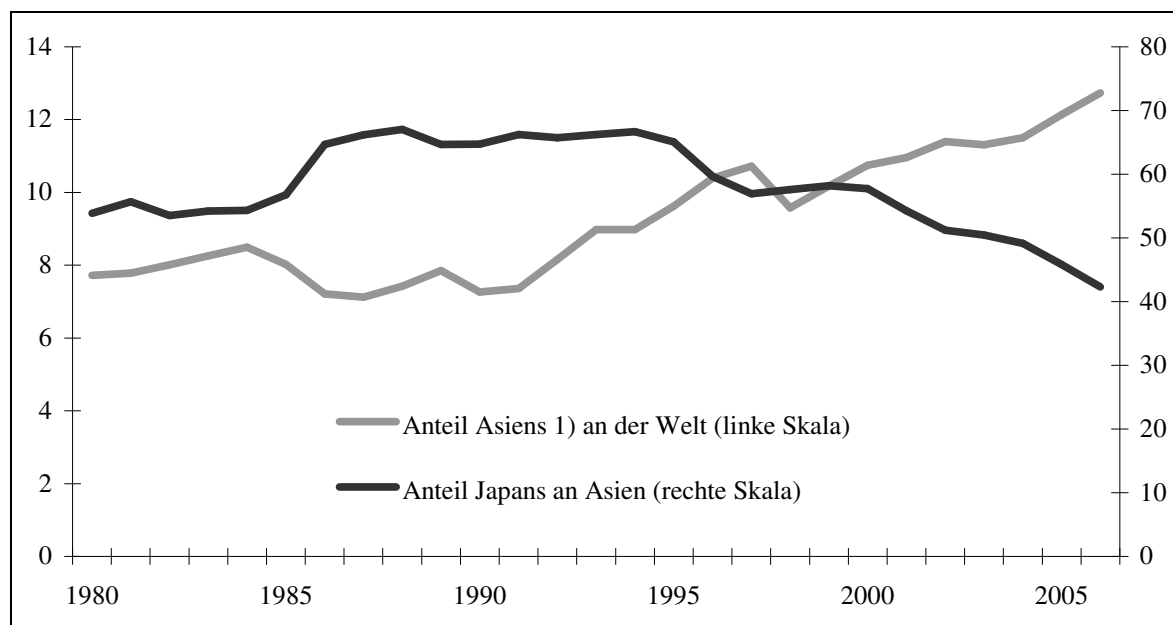
der Anteil aller asiatischen Länder an der nominalen globalen Wirtschaftsleistung von knapp 17 Prozent im Jahr 1980 auf 22 Prozent im Jahr 2006. Demgegenüber ist der Anteil der Länder der Eurozone im gleichen Zeitraum eher konstant geblieben. Im Zeitraum 1990 bis 2006 ging dieser um 2 Prozentpunkte auf 22 Prozent zurück. Setzt sich diese Wachstumsdivergenz fort, dann wird das Gewicht der asiatischen Ländergruppe in den folgenden Jahren deutlich höher werden als das der Eurozone.

Weiterhin machen sich auch im asiatischen Raum strukturelle Verschiebungen bemerkbar. Die tiefe japanische Krise in den neunziger Jahren hat Spuren hinterlassen, nicht zuletzt weil die anderen asiatischen Länder über die Zeit sehr hohe Wachstumsraten vorweisen konnten. Dies hat dazu geführt, dass das Gewicht Japans innerhalb der asiatischen Region deutlich abgenommen hat (Abbildung 1). So betrug der Anteil Japans an der Wirtschaftsleistung des asiatischen Raums im Jahr 1990 noch fast 65 Prozent. Bis zum Jahr 2006 ging dieser Anteil stetig auf nunmehr gut 42 Prozent zurück.

Abbildung 1

Wirtschaftsgewicht Asiens und Position Japans in Asien

Anteil Asiens (ohne Japan) an der weltweiten Wirtschaftsleistung und Anteil Japans an der asiatischen Wirtschaftsleistung in Prozent



1) Ohne Japan.

Quellen: IWF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Der weltwirtschaftliche Aufschwung hat über die letzten Jahre deutlich an Breite gewonnen. Neben den boomenden asiatischen Märkten einschließlich eines wieder erstarkten

Japans kommt auch die konjunkturelle Entwicklung in Europa zunehmend in Fahrt. Neben den seit Jahren hohen Wachstumsraten in den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern weist auch die Eurozone in diesem Jahr eine deutlich freundlichere Konjunktur auf. Vor diesem Hintergrund zeigt sich zurzeit ein Konjunkturbild, das nicht von einem konjunkturellen Einbruch der Wirtschaftszentren zeugt. Einzig die wirtschaftliche Entwicklung in den USA ist etwas weniger stabil als in den Vorjahren. Ein Risiko stellt nach wie vor das Twin-Defizit der USA dar, worunter ein hohes Leistungsbilanzdefizit bei einem gleichzeitigen Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte zu verstehen ist. Im Vergleich zur Herbstprognose ergeben sich damit keine wesentlichen neuen Risiken. Ernsthafte realwirtschaftliche Gefahren können dagegen vonseiten der Geopolitik ausgehen. Hier kann eine Eskalation der Nahost-Konflikte, vor allem mit dem Iran, zu einer ernstesten Bedrohung der Weltwirtschaft werden. Eine starke Erhöhung des Ölpreises kann auf die Realwirtschaft durchschlagen. Weiterhin würde ein solches Szenario eine Verunsicherung bei den Investoren und Konsumenten erzeugen.

Schwächeres US-Wachstum – robuste Entwicklung in Asien

Die Wachstumsperformance in den **Vereinigten Staaten** war über die vergangenen Jahre sehr robust. Im Zeitraum 2004 bis 2006 konnten Wachstumsraten des realen BIP von über 3 Prozent erzielt werden. Dies trug wesentlich zu einer robusten weltwirtschaftlichen Entwicklung bei. Über das Gesamtjahr 2006 erzielten die USA ein Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent. Mit einer Veränderung von über 3 Prozent lieferte der reale Konsum mit 2,2 Prozentpunkten den größten Wachstumsbeitrag. Die Investitionstätigkeit konnte über das Gesamtjahr ebenfalls einen positiven Wachstumsbeitrag liefern, und der Außenbeitrag wirkte, verursacht durch eine starke Exporttätigkeit, fast neutral.

Im Vergleich zur Herbstprognose ergeben sich keine grundsätzlichen Veränderungen. In diesem Jahr wird sich das reale BIP um 2,5 Prozent erhöhen, im Jahr 2008 um 3,2 Prozent (Tabelle 1). Wesentlicher Faktor dafür ist eine schlechtere Entwicklung beim Immobilienmarkt. Denn die Wohnungsbauinvestitionen dürften das Wachstum zumindest in diesem Jahr belasten. So sind die Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser deutlich zurückgegangen. Weiterhin sind die privaten Bruttoanlageinvestitionen im letzten Quartal 2006 im Vergleich zum Vorjahresquartal um über 2 Prozent gesunken. Dies wurde zuletzt im dritten Quartal 2002 beobachtet. Die Schwäche ist insofern überraschend, als sich die finanzielle Situation der Unternehmen in einer guten Verfassung befindet.

Insgesamt wird sich die etwas angespannte Lage auf dem US-Wohnungsmarkt negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Gleichzeitig kann damit das bisher sehr positive

Arbeitsmarktklima gedämpft und auch der Private Konsum in Mitleidenschaft gezogen werden. Die nach wie vor niedrige Arbeitslosenquote im Jahresverlauf könnte ebenfalls auf etwa 5 Prozent ansteigen. Insgesamt sollte dieses Szenario aber auch einen dämpfenden Effekt auf die Inflation ausüben, so dass die US-Zentralbank nicht weiter die Zinsen erhöhen muss.

Tabelle 1

IW-Auslandsprognose

Veränderung des realen BIP gegenüber Vorjahr in Prozent

	2006	2007	2008
Deutschland	2,7	2,5	2,2
Frankreich	2,0	2,0	2,2
Italien	1,9	1,9	1,5
Österreich	3,2	2,6	2,3
Belgien	3,0	2,2	2,1
Finnland	5,5	3,2	3,0
Irland	6,0	5,6	5,1
Niederlande	2,9	2,7	2,5
Portugal	1,3	1,5	1,7
Spanien	3,9	3,6	3,5
Griechenland	4,2	3,6	3,6
Luxemburg	5,8	4,4	4,3
Slowenien	5,2	4,6	4,2
Euroland¹⁾	2,7	2,5	2,4
Vereinigtes Königreich	2,7	2,6	2,2
Schweden	4,4	3,7	3,1
Dänemark	3,3	2,6	2,5
Norwegen	2,9	3,2	2,8
Schweiz	2,7	2,2	2,0
USA	3,3	2,5	3,2
Japan	2,2	2,3	2,4
Kanada	2,9	2,5	3,1
Industrieländer^{1) 2)}	3,0	2,5	2,9

Stand: Mai 2007. 1) Gewicht: BIP 2005. 2) Gewichteter Durchschnitt der hier außerhalb des Euroraums angegebenen Industrieländer.

Quellen: IWF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Das Risiko eines möglichen drastischen Einbruchs am US-Immobilienmarkt ist zwar – ähnlich wie ein mögliches Risiko an den Finanzmärkten – als eine Schiefelage, aber nicht als ernsthafte Wahrscheinlichkeit für ein Rezessions-Szenario anzusehen. Ein Rückgang bei den Wohnungsbauten sollte nicht gleichgesetzt werden mit einem möglichen Immobiliencrash. Sicherlich sind die Immobilienpreise in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen, und nach wie vor sind dort Zuwächse zu erkennen, auch wenn diese deutlich kleiner geworden sind. Zudem steigen die Mieten an, was darauf hindeutet, dass nicht mit einer Fortsetzung der rezessiven Entwicklung gerechnet wird.

Die **asiatische Region** glänzt weiter mit hohen Wachstumsraten. Offensichtlich scheinen die strukturellen Schwächen, die während der Asienkrise hervortraten, überwunden zu sein. Die größte Volkswirtschaft Japan befindet sich weiter auf Erholungskurs. Im letzten Jahr stieg das reale japanische BIP um 2,2 Prozent an, in diesem und im nächsten Jahr werden Wachstumsraten von über 2 Prozent erzielt. Der Aufschwung wird nach wie vor mitgetragen von der starken Exporttätigkeit, die durch den hohen weltwirtschaftlichen Aufschwung und von einem schwächeren Yen begünstigt wird. Neben den Exporten entwickeln sich aber auch die binnenwirtschaftlichen Kräfte zu einer Wachstumsstütze. So sind die Investitionsbedingungen für Unternehmen aufgrund des nach wie vor niedrigen Zinsniveaus gut. Ebenso profitiert der Private Konsum von dem Beschäftigungsaufbau und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Ein weiteres positives Zeichen ist, dass die Verbraucherpreisentwicklung wieder anzieht und daher die Deflation überwunden scheint.

In China zeigt sich nach wie vor ein rasant hohes Wachstumstempo. Über die letzten beiden Jahre erhöhte sich das reale BIP mit einer Rate von jeweils gut 10 Prozent. Ungeachtet der positiven Effekte für die weltwirtschaftliche Entwicklung, die sich vor allem in einem konjunkturellen Stimulus über die Handelsverflechtungen ergeben, bleiben die Probleme, die etwa durch den Aufbau von Überkapazitäten entstanden sind, weiter bestehen. Zu diesem Zeitpunkt sollte aber noch nicht davon ausgegangen werden, dass diese Risiken die chinesische Wirtschaft akut in Gefahr bringen.

Eurozone stärkt Weltkonjunktur

Über die vergangenen Jahre blieb das Wirtschaftswachstum der Eurozone deutlich hinter dem der anderen großen Wirtschaftsblöcke USA und Asien zurück. In der Folge konnte sich die Eurozone nicht als eigenständiger Konjunkturmotor etablieren. Die europäischen Wachstumskräfte entfalten sich nun aber stärker, und das Wirtschaftswachstum wird sich im Jahr 2007 auf 2,7 Prozent belaufen. Damit ist das Wachstum der Eurozone in diesem Jahr höher als das in den USA. Wesentlicher Treiber ist die Tatsache, dass die drei großen

Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich und Italien eine deutlich stärkere Performance zeigen als in den vergangenen Jahren:

- **Frankreich** zeigt sich nach wie vor konsumfreundlich, was das BIP deutlich stützt. Ebenso ist die Investitionstätigkeit robust, und das Vertrauen in die eigenen Wachstumskräfte ist gestärkt. Es können in diesem sowie im nächsten Jahr Wachstumsraten von gut 2 Prozent erzielt werden. Vor dem Hintergrund einer neuen Regierung ergeben sich für Frankreich möglicherweise auch neue wirtschaftspolitische Optionen. Wichtig wird vor allem sein, die Wachstumskräfte in den nächsten Jahren durch Anstrengungen bei der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nachhaltig zu stärken.
- Auch in **Italien** zeigt sich eine deutliche konjunkturelle Erholung. Nach den letzten mageren Jahren wird das reale BIP in diesem Jahr um knapp 2 Prozent zunehmen. Dabei hat sich der Arbeitsmarkt gut entwickelt. Die steigende Beschäftigung konnte die Arbeitslosenquote auf unter 7 Prozent drücken. Obwohl die Exporte zuletzt deutlich zunehmen konnten, hat Italien Probleme mit dem Außensektor. Denn gemessen an der weltwirtschaftlichen Performance und dem Importsog seiner Hauptpartnerländer, verliert Italien schon seit Jahren Marktanteile an die Konkurrenz.

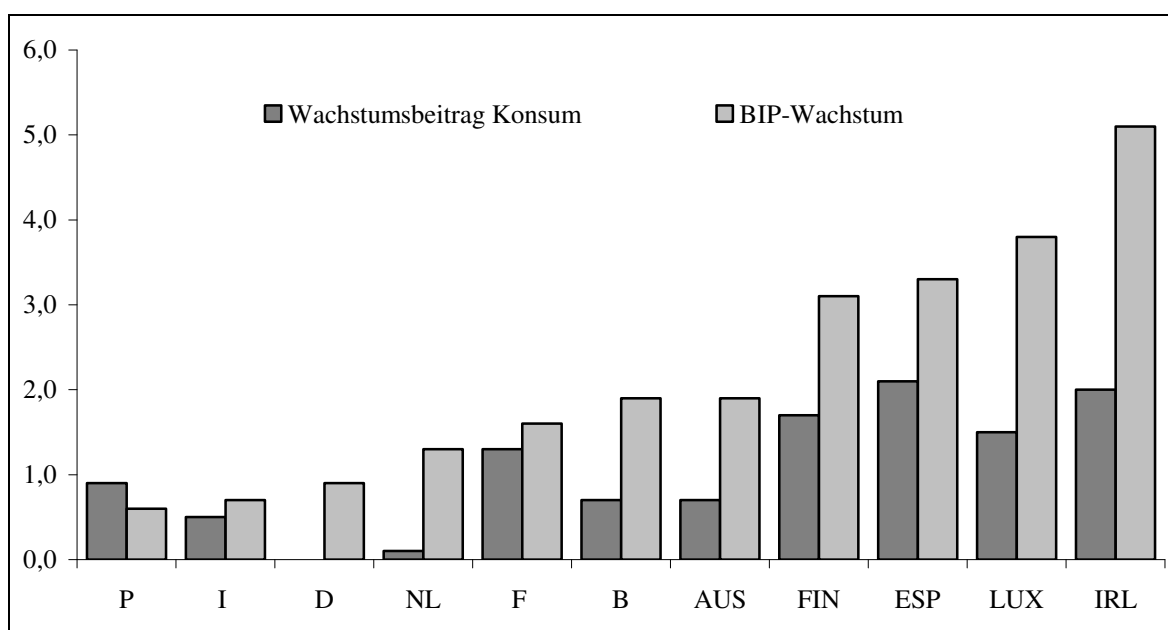
Die Divergenz der Wachstumsraten innerhalb der EWU wird auch in diesem Jahr beachtlich sein. Spitzenreiter wird wieder Irland mit einem Zuwachs der realen Wirtschaftsleistung um 5,6 Prozent sein, gefolgt von Slowenien (4,6 Prozent) und Luxemburg (4,4 Prozent). Schlusslicht wird Portugal mit einem Wachstum von 1,5 Prozent sein. Ebenso beachtlich unterscheiden sich die einzelnen Aggregate der Verwendungsseite des BIP. In den vergangenen Jahren wurde besonders in Deutschland der schwache Wachstumsbeitrag des Privaten Verbrauchs diskutiert. Das deutsche Wachstum wurde vom Außenbeitrag und weniger von der Binnennachfrage – hier vor allem vom Privaten Verbrauch – gestützt. Damit war manchmal der Ruf nach einer Zinssenkung durch die EZB verbunden. Abbildung 2 zeigt, dass eine Konsumschwäche in Deutschland und weniger in den anderen Ländern der Eurozone zu sehen ist. Im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2006 brachte der Private und Öffentliche Konsum in Deutschland keinen Wachstumsbeitrag im Vergleich zu anderen Ländern der Eurozone. In vielen anderen Ländern – etwa in Portugal, Spanien oder Italien – lieferte das Konsumaggregat sehr hohe Wachstumsbeiträge. Einen Einfluss darauf dürfte das niedrigere Zinsniveau gehabt haben, das durch den Eintritt zur Währungsunion in diesen Ländern gegeben war. Allerdings hat ein hohes Beschäftigungswachstum verbunden mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote – wie etwa in Spanien oder Irland – zu einem Anstieg des Privaten Konsums geführt. Ein positiver Beitrag kann auch aus einer verstärkten Konsolidierung der Staatsfinanzen – dies ist ebenso geschehen in diesen beiden

Ländern – hervorgegangen sein. Denn eine Verbesserung der öffentlichen Finanzlage signalisiert den Bürgern, dass sie in Zukunft mit einer niedrigeren Abgabenlast rechnen müssen, was letztlich auch den Privaten Konsum stärkt.

Abbildung 2

Wachstumsbeiträge des Konsums

Jahresdurchschnittliche Veränderung des realen BIP in Prozent und Wachstumsbeitrag des realen Privaten und Öffentlichen Verbrauchs in Prozentpunkten im Zeitraum 2002 bis 2006



Quellen: Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Die neuen **mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer** wachsen nach wie vor mit hohem Tempo. Die Zuwachsrate des realen BIP wird in diesem und im nächsten Jahr etwa 5 Prozent betragen. Damit eröffnen sich auch für die deutsche Wirtschaft weitere Expansionsmöglichkeiten: Einerseits erfordert das starke Wachstum weitere Investitionsgüter. Andererseits werden aber auch Handels- und Konsumgüterproduzenten von den steigenden Einkommen in diesen Ländern profitieren, so dass auch hier weitere Absatzpotenziale vorhanden sind. Auch die russische Wirtschaft wächst weiter stark. Das reale BIP wird in diesem und im nächsten Jahr um etwa 6,5 Prozent zunehmen. Trotz der hohen Zuwachsraten im Export und des deutlichen Handelsbilanzüberschusses sind vor allem der Private Konsum und die Investitionstätigkeit über die letzten Jahre die Wachstumstreiber gewesen. Eine Verbesserung des Investitionsklimas – auch für internationale Anleger – sollte helfen, das Wachstum auch in mittlerer Frist zu stützen. Die Inflation bleibt im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2008 mit etwa 8,5 Prozent zu hoch.

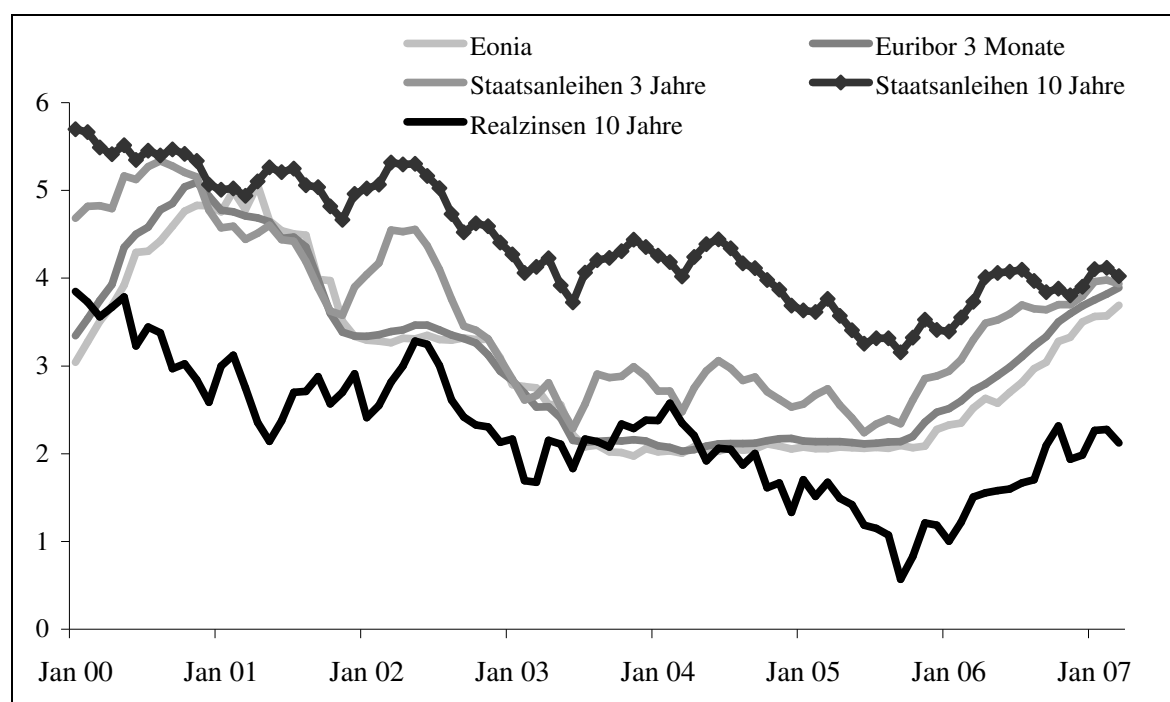
Weiter günstiges Finanzmarktumfeld

Die niedrigen Zinsen unterstützen seit Jahren die globale realwirtschaftliche Entwicklung. Den letzten Tiefstand von 3,25 Prozent im Juni 2005 übertreffen die langfristigen europäischen Nominalzinsen zwar mittlerweile um gut 0,8 Prozentpunkte. Nominale langfristige Zinsen von knapp über 4 Prozent und Realzinsen von etwas über 2 Prozent sind jedoch im langfristigen Kontext betrachtet niedrig. Ende 2005 begann der aktuelle Zinserhöhungszyklus der Europäischen Zentralbank (EZB). Bis März 2007 stiegen die kurzfristigen Zinsen um 1,7 Prozentpunkte auf 3,9 Prozent an. Sie liegen jetzt nur noch knapp unter den langfristigen Zinsen, die nur bis Mitte 2006 den kurzfristigen Zinsen nach oben folgten und sich danach seitlich entwickelten (Abbildung 3).

Abbildung 3

Zinsentwicklung in Europa

Ausgewählte kurz- und langfristige Zinssätze in Prozent



Quellen: EZB; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Nicht zuletzt wegen der immer noch schnellen Geldmengenentwicklung und der günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum wird die EZB ihren Leitzins bis Ende 2007 weiter auf 4,25 und je nach Konjunkturlage möglicherweise auf 4,5 Prozent erhöhen. Eine solche Geldpolitik kann als vergleichsweise restriktiv gesehen werden. Diese Einschätzung resultiert aus einem Vergleich mit dem Taylorzins für den Euroraum. Zur Berechnung des Taylorzinses werden für das Outputgap im letzten Quartal 2007 die Prognose

der OECD in Höhe von $-0,8$ Prozent, eine angestrebte Inflationsrate von $1,85$ Prozent, eine für den Euroraum prognostizierte Inflation von 2 Prozent und ein selbst geschätzter Realzins von $2,3$ Prozent verwendet. Danach liegt der Taylorzins bei ungefähr 4 Prozent. Vielfach ist darauf hingewiesen worden, dass die Schätzungen des Produktionspotenzials und des Realzinses mit erheblichen Unsicherheiten verbunden sind, so dass auch der Taylorzins mit Unsicherheiten behaftet ist. Selbst wenn man ein Unsicherheitsintervall von $0,5$ Prozentpunkten um die Punktschätzung legt, weil man beispielsweise die OECD-Schätzung des Outputgaps für zu pessimistisch hält, würde ein Leitzins von $4,5$ Prozent am oberen Rand dieses Intervalls liegen. Der International Monetary Fund (IMF) schätzt das Outputgap für das Jahr 2007 für den Euroraum auf $-0,63$ (IMF, 2007a, 15). Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, dass die EZB den Leitzins auf $4,5$ Prozent erhöht. Erstens hat die EZB deutlich gemacht, dass sie nicht passiv einer geldpolitischen Regel folgt (EZB, 2006). Zweitens haben die Erhöhungen der Leitzinsen bisher das schnelle Wachstum der Geldmenge M3, das seit Mitte 2001 stets oberhalb des EZB-Referenzwerts von $4,5$ Prozent liegt, nicht gebremst (EZB, 2007a, 14). Die EZB hat mehrfach darauf hingewiesen, dass sie die Geldmengenentwicklung bei der Einschätzung mittelfristiger Inflationsrisiken besonders berücksichtigt. Es kann davon ausgegangen werden, dass sie die gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung gleichsam nutzt, um die Geldmenge wieder „einzufangen“.

Obwohl die kurzfristigen Zinsen weiter steigen werden, wird in dieser Prognose nicht mit einer substantiellen Verschärfung der Finanzierungsbedingungen der Unternehmen gerechnet. Vor allem wird es zu keiner wesentlichen Erhöhung der langfristigen Zinsen kommen. Folglich wird die Zinsstrukturkurve, die die verschiedenen Zinsen in Abhängigkeit von der Laufzeit darstellt, aus mehreren Gründen flach bleiben (vgl. auch Dekabank, 2007):

1. Die Entwicklung der langfristigen realen Zinsen im Euroraum wird in einem relativ hohen Maß von internationalen Entwicklungen geprägt. In den letzten Jahren hat die Globalisierung der Finanzmärkte weiter zugenommen (IMF, 2007b). Es wird zu keiner „Abkopplung“ des Euroraums vom internationalen Realzins kommen und Letzterer wird sich in dieser Prognose nicht nachhaltig ändern, da weiterhin von relativ hohen globalen Ersparnissen („savings glut“) und – verglichen mit diesen Ersparnissen – mit relativ geringen globalen Investitionen auszugehen ist. Diese Einschätzung gilt nur unter der Voraussetzung, dass es keine Krise in China gibt, die Energiepreise nicht stark fallen und es zu keiner plötzlichen Umkehr der globalen Finanzströme kommt.
2. Der Vergleich mit dem Taylorzins signalisiert, dass ein Zinssatz von $4,5$ Prozent relativ straff ist. Es ist deshalb plausibel, dass die EZB den Zins nicht noch weiter – jedenfalls nicht wesentlich – anheben wird.

3. Die Inflationserwartungen bleiben voraussichtlich moderat. Erstens hat die EZB eine hohe Glaubwürdigkeit erlangt. Ihr wird weithin zugetraut, die Inflation auch zukünftig gut zu begrenzen. Zweitens hat die zunehmende Integration von China und Indien in den Weltmarkt die Inflationsrisiken gemindert. Selbst markante Nachfrageschwankungen führen nicht zu einer inflationären Lücke. Aus diesem Grund wird die Prämie für Inflationsrisiken nicht nennenswert steigen.

4. Die Entwicklung in den USA hat gezeigt, dass eine restriktivere Geldpolitik mit steigenden kurzfristigen Zinsen und eine gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit positiven mittelfristigen Erwartungen mit einer flachen oder sogar inversen Zinsstrukturkurve vereinbar sind (Dekabank, 2007). Die Entwicklung im Euroraum wird ähnlich sein.

Weiteres Kennzeichen der aktuellen Lage an den globalen Finanzmärkten sind die niedrigen Risikokennziffern. Die aus Aktienoptionen berechneten moderaten impliziten Volatilitäten zeigen an, dass die Finanzteilnehmer weiterhin von relativ geringen Volatilitäten an den Aktienmärkten ausgehen. Bei unverändert guten Unternehmensgewinnen, verbesserten Unternehmensbilanzen und niedrigen Zinsen werden auch die Kreditrisiken von den Finanzmarktteilnehmern als relativ gering angesehen (IMF, 2007b). Diese Einschätzung kann zum Beispiel an den niedrigen Aufschlägen der Unternehmensanleihen auf die Renditen der staatlichen Anleihen abgelesen werden. Lediglich der amerikanische Markt für so genannte Subprime-Hypotheken weicht substantiell von diesem Muster ab (IMF, 2007b, 4 ff.). Immobilienfinanzierungen in diesem Segment richten sich an die Haushalte, die die sonst üblichen strengen Anforderungen für die Kreditvergabe nicht erfüllen. Das kann beispielsweise daran liegen, dass sie in der Vergangenheit Probleme mit Krediten hatten und sie über kein regelmäßiges Einkommen oder nur über unzureichende Eigenmittel verfügen. In diesem Segment ist es offenbar zu Fehlentwicklungen gekommen (IMF, 2007b, 4; Ip/Paletta, 2007), weil Kredite auf Basis unsolider Prüfungen und Einschätzungen vergeben wurden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass von den amerikanischen Immobilienmärkten keine substantiellen Gefahren für die internationalen Finanzmärkte und für die Konjunktur in Europa und Deutschland ausgehen. Auch die Subprime-Krise ändert diese Einschätzung nicht.

Die Stabilitätstests der „neuen“ Finanzwelt im Mai und Juni letzten Jahres sowie zu Beginn dieses Jahres haben gezeigt, dass Risikoeinschätzungen sehr schnell steigen können. Bisher wurden diese Schocks schnell und reibungslos verarbeitet. Dass das internationale Finanzsystem diese Tests bestanden hat, darf jedoch nicht zu einem naiven Vertrauen in eine neuerdings unerschütterliche Stabilität des Finanzsystems führen. Diese strukturellen Verbesserungen wurden noch nicht umfassend geprüft. Es besteht die Gefahr, dass die

nicht in Abrede zu stellenden strukturellen Verbesserungen am Finanzmarkt – besonders durch die sowohl international als auch institutionell breitere Investorenbasis (IMF, 2007b) und durch die Finanzinnovationen – von den Finanzmarktteilnehmern allzu euphorisch „eingepreist“ werden. Dies erfolgt beispielsweise in Form zu niedriger Risikoprämien und zu laxer Standards bei der Kreditvergabe. Auf entsprechende Besorgnis erregende Entwicklungen im Bereich des Private Equity wurde mehrfach hingewiesen (Jäger, 2006; EZB, 2007b; IMF, 2007b;).

Die breitere Investorenbasis an den internationalen Finanzmärkten bedeutet, dass Risiken auf mehr Schultern verteilt sind und lokale Schocks global absorbiert werden. Ferner erlauben die Finanzinnovationen eine zielgenauere Allokation der Risiken (Jäger, 2006, 62), so dass spezialisierte Investoren die jeweiligen Risiken tragen. Auch beim Risikomanagement von Hedge Fonds hat es seit der LTCM-Krise Verbesserungen gegeben (Cole/Feldberg/Lynch, 2007). Weitere Verbesserungen vor allem bezüglich der Transparenz von Risiken werden sich einstellen. Die Regulierung der Hedge Fonds durch Marktdisziplin hat sich bisher bewährt (Bernanke, 2007) und wird durch die aktuelle Debatte weiter gefördert. Eine Finanzkrise, die realwirtschaftliche Folgen hätte, wäre wahrscheinlich, wenn die strukturellen Verbesserungen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung und die Finanzmarktglobalisierung gefährdet wären. Eine solche Störung würde die Gewinne und die Gewinnerwartungen eintrüben. Die Kursgewinnverhältnisse würden bei unveränderten Kursen schnell steigen, und eine große Korrektur wäre unvermeidlich. Da in dieser Prognose eine gute weltwirtschaftliche Entwicklung unterstellt wird und die strukturellen Verbesserungen durch die weiter vorangeschrittene Globalisierung der Güter- und Finanzmärkte weiterhin wirken werden, ist davon auszugehen, dass es allenfalls langsam zu einer anderen Risikoeinschätzung kommt und die Marktteilnehmer die aktuelle Situation und Diskussion nutzen, um das Risikomanagement weiter zu verbessern.

Sektoraler Gleichklang in Deutschland

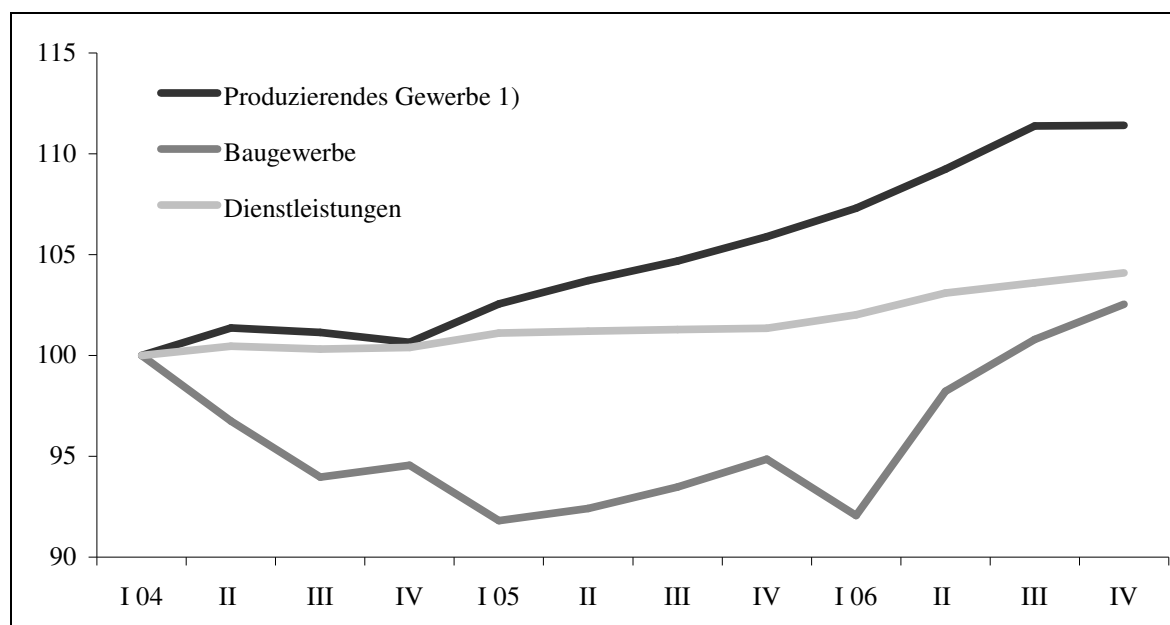
Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wurde im Verlauf des Jahres 2006 von allen Branchen getragen. Ein solcher Gleichklang aller großen Wirtschaftsbereiche hinsichtlich ihrer Aufwärtsdynamik war in Deutschland lange Zeit nicht mehr der Fall (Abbildung 4). Während über das gesamte Jahr 2006 das Verarbeitende Gewerbe gegenüber dem Vorjahr mit einem Plus von 5,5 Prozent am deutlichsten im Vergleich zur Dienstleistungswirtschaft (1,8 Prozent) und zum Baugewerbe (4,6 Prozent) zulegte, war das Baugewerbe hinsichtlich des Verlaufs als auch mit Blick auf die zweite Jahreshälfte 2006 die Branche, die das Wachstum am stärksten antrieb. Lässt man das witterungsbedingt schlechte erste Quartal 2006 außen vor, dann ist in der Baubranche seit Jahresanfang 2005 ein durchgängiger

Aufschwung zu beobachten. Die Dienstleistungsbereiche fielen dagegen sowohl im Vergleich zur Industrie als auch im Vergleich mit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre deutlich zurück. Während der jahresdurchschnittliche Zuwachs der realen Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im Zeitraum 2001 bis 2006 mit 2,1 Prozent nahezu das Durchschnittsniveau des Zeitraums 1995 bis 2000 (2,2 Prozent) erreichte, ist das Wachstum im Dienstleistungssektor in den letzten sechs Jahren mit nur noch 1,2 Prozent deutlich niedriger als während der zweiten Hälfte der neunziger Jahre (2,6 Prozent). Die industrielle Erholung seit dem Jahr 2005 hat die Dienstleistungswirtschaft bislang noch nicht entsprechend mitgezogen.

Abbildung 4

Dynamik der Wirtschaftsbereiche in Deutschland

Preis- und saisonbereinigte Bruttowertschöpfung, Index 1. Quartal 2004 = 100



1) Verarbeitendes Gewerbe, Energie, Bergbau.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Deutsche Waren weltweit weiter hoch im Kurs

Der Wachstumsabstand der Dienstleistungen im Vergleich zur Industrie hängt mit dem starken Konjunkturlauf des Außenhandels in Deutschland zusammen. Die deutsche Exportstruktur hat sich in den letzten Jahren weiter hin zum Warenexport verschoben: Auf Dienstleistungen entfielen im Jahr 2006 nur noch 12,6 Prozent der deutschen Ausfuhren. Während die realen Warenexporte im vergangenen Jahr um 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zulegen konnten, war bei den Dienstleistungen „lediglich“ ein Plus von 9 Prozent zu beobachten. Vor dem Hintergrund dieses sowohl im intertemporalen als auch internati-

onalen Vergleich sehr guten Auslandsgeschäfts ist die Exportquote Deutschlands im Jahr 2006 auf fast 45 Prozent angestiegen. Der gleichzeitige Anstieg der Importquote auf fast 40 Prozent markiert für beide Außenhandelsindikatoren einen Rekordwert. Der Anstieg beider Quoten kann auch als eine erfolgreiche Globalisierungsstrategie der deutschen Wirtschaft, die sich auch in den Vorleistungsverflechtungen mit eigenen Tochtergesellschaften im Ausland zeigt, verstanden werden (Matthes, 2007).

Infolge des stärkeren Exportwachstums hat auch der Außenbeitrag mit 5,3 Prozent des BIP einen neuen Spitzenwert erreicht. Das deutsche Wirtschaftswachstum wird damit nach wie vor in einem starken Ausmaß von dem Außenbeitrag getragen – wenngleich nicht mehr mit dem gleichen Gewicht wie in den vorhergehenden Jahren. Diese Entwicklung wird sich im weiteren Prognosezeitraum fortsetzen: Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels bleibt hoch, er verliert aber im Gefolge einer stärker expandierenden Binnennachfrage an Gewicht. Im Jahr 2007 werden die preisbereinigten Waren- und Dienstleistungsexporte um 9 Prozent zulegen, das Importwachstum bleibt mit 8,5 Prozent ebenfalls hoch. Damit bleiben die Zuwächse etwas hinter der Performance im Jahr 2006 zurück. Dies wird auch im Jahr 2008 der Fall sein. Die realen Exporte dürften dann um 7,5 Prozent und die Importe um 7 Prozent expandieren. Der Außenbeitrag wird jeweils knapp einen Dreiviertelprozentpunkt zum Wachstum beisteuern. Folgende Entwicklungen liegen diesen Erwartungen zugrunde:

1. Die Entwicklung der Weltwirtschaft ist seit geraumer Zeit von den vormals bereits aufgezählten Risiken überschattet. Gleichwohl hat sie bisher nahezu unbeeindruckt ihren Wachstumskurs gehalten. Es wird davon ausgegangen, dass dies auch in diesem und im nächsten Jahr der Fall sein wird. Der weltweite Güterhandel wird in realer Rechnung im Jahr 2007 und im Jahr 2008 um jeweils 7,5 Prozent zulegen. Die Güterstruktur der deutschen Industrie ist dabei von großem Vorteil, dieses globale Wachstumspotenzial zu nutzen. Tabelle 2 zeigt, in welchem Umfang die deutsche Exportwirtschaft derzeit an der globalen Güternachfrage partizipiert. Demnach sind im Jahr 2006 die nominalen Warenausfuhren in die europäischen Länder um 13,5 Prozent und die an die Länder außerhalb Europas um 15,2 Prozent angestiegen. Dabei war auch das Exportgeschäft mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion (EWU) bei einem Zuwachs in Höhe von 11 Prozent beachtlich. Die seit einiger Zeit boomenden Warenausfuhren nach Russland können zum Teil mit dem Recycling der Einnahmen aus den Rohstoffverkäufen Russlands erklärt werden. Auch außerhalb Europas ist Deutschland auf den schnell wachsenden Märkten gut präsent. Dies zeigt deutlich ein Blick auf Asien, wo sich der Warenhandel mit China (+30 Prozent) und den südostasiatischen Schwellenländern (+15 Prozent) deutlich vom Exportgeschäft mit Japan (+4 Prozent) abhebt.

Tabelle 2

Struktur und Wachstumstreiber der deutschen Warenexporte

Angaben für das Jahr 2006 in Prozent

	Anteil am Warenhandel	Veränderung gegenüber Vorjahr
Europa	73,9	13,5
EWU-Länder	42,1	10,9
Andere europäische Länder	31,8	17,3
darunter: Russische Föderation	2,6	35,3
Außereuropäische Länder	26,2	15,2
darunter: USA	8,7	12,6
Japan	1,6	3,9
China	3,1	29,6
Südostasiatische Schwellenländer	3,5	14,7
Naher/Mittlerer Osten	2,6	12,4
Alle Länder	100	13,7

Quellen: Deutsche Bundesbank; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



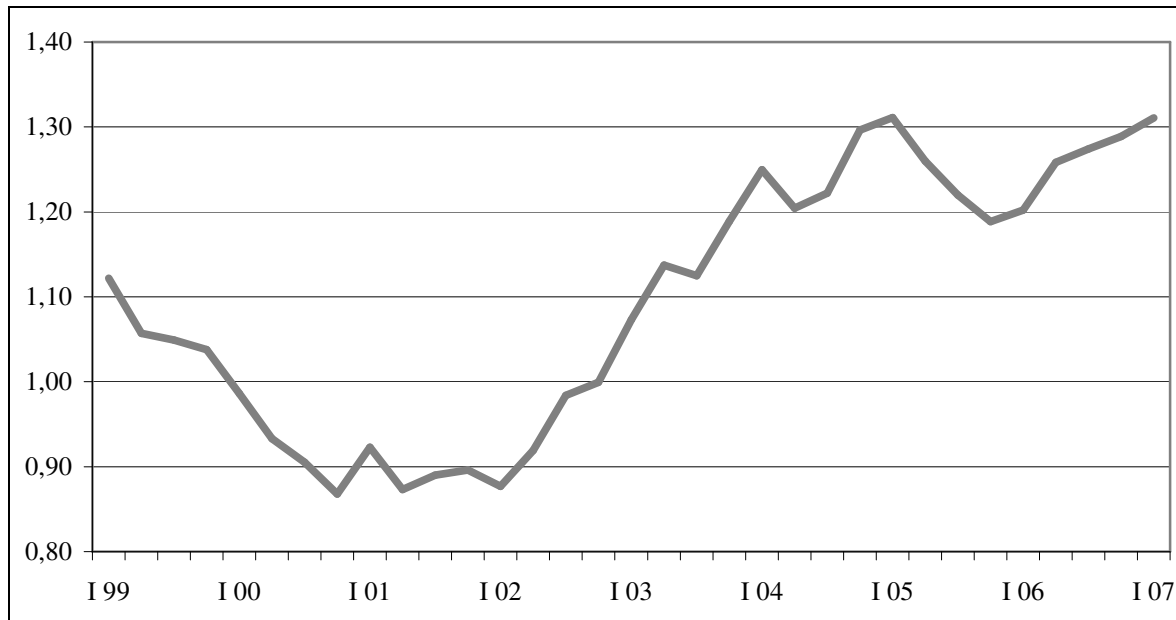
2. Die Wechselkursentwicklung in jüngster Zeit wirkt sich allerdings leicht dämpfend auf die Exporttätigkeit und die Gewinnperspektiven aus dem Auslandsgeschäft aus. Der Euro hat gegenüber dem US-Dollar seit Anfang des Jahres 2006 um weit mehr als 10 Prozent aufgewertet (Abbildung 5). Gegenüber dem Yen ist gleichzeitig eine Aufwertung um über 10 Prozent zu verzeichnen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums wird von einem Wechselkurs in einer Bandbreite von 1,25 bis 1,40 US-Dollar je Euro ausgegangen.

3. In der Vergangenheit war es den deutschen Exporteuren meistens gelungen, einer nominalen Aufwertung der D-Mark oder des Euro durch einen geringeren Preisanstieg der im Inland produzierten Güter im Vergleich zu den Auslandsgütern entgegenzuwirken (Grömling/Lichtblau, 2006, 44 ff.). Diese Preiszurückhaltung wurde durch höhere Produktivitätsfortschritte im Inland und zeitweise durch eine relativ höhere Kostendisziplin ermöglicht. Jedenfalls war die Lohnstückkostenentwicklung in den letzten Jahren äußerst hilfreich, die im Jahr 2002 einsetzenden Bremseffekte der Aufwertung des Euro zu kompensieren. Im Jahr 2007 und 2008 werden die Lohnstückkosten in Deutschland wieder leicht ansteigen. Dies wird im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahren die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen von der Kostenseite her nicht mehr so stark begünstigen.

Abbildung 5

Entwicklung des Euro

Wechselkurs US-Dollar je Euro



Quellen: EZB; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Beständige Investitionstätigkeit

Die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2006 war geprägt von einer deutlichen Belebung der Investitionstätigkeit im Inland. Dabei wurden die Erwartungen größtenteils übertroffen. Die realen Investitionen in Ausrüstungen stiegen im Vorjahresvergleich um 7,3 Prozent an, die Investitionen in Sonstige Anlagen, zu denen vorwiegend Computer-Software gehört, legten um fast 6 Prozent zu. Die gegenwärtige Investitionserholung wird maßgeblich von den Unternehmensinvestitionen getragen. Mit Blick auf die Ausrüstungsinvestitionen waren zwar auch bei den öffentlichen Auftraggebern in den beiden vergangenen Jahren Zuwächse zu beobachten. Diese blieben aber deutlich hinter denen des Privatsektors zurück.

Die bereits im Jahr 2004 einsetzende Investitionserholung setzt sich in diesem und im nächsten Jahr fort. Die Investitionstätigkeit bleibt robust: Für das Jahr 2007 wird ein Wachstum bei den realen Ausrüstungsinvestitionen in Höhe von 7,5 Prozent erwartet, im Jahr 2008 expandieren sie um weitere 6 Prozent. Folgende Argumente sprechen dafür, dass beim gegenwärtigen Investitionszyklus im Prognosezeitraum kein Ende absehbar ist:

1. Vor dem Hintergrund der weiterhin guten Absatzbedingungen im Ausland wird im Prognosezeitraum das Erweiterungsmotiv weiterhin dominieren. Die anhaltend hohe Kapazitätsauslastung in den Unternehmen erfordert vor allem in den exportstarken Unternehmen

eine Ausweitung ihrer Produktionsmöglichkeiten. Die Auftragseingänge bei den Investitionsgüterherstellern von inländischen Kunden weisen darauf hin, dass sich der Investitionszyklus im Inland fortsetzen wird: In den ersten zwei Monaten des Jahres 2007 lagen sie preisbereinigt um 10 Prozent über dem Volumen des ersten Quartals 2006.

2. Die Änderung der Abschreibungsbedingungen zum 1. Januar 2008 wird zu Vorzieheffekten bei den Investitionen im Jahr 2007, aber auch zu einer leichten Abflachung der Dynamik im Jahr 2008 führen. Im Jahr 2008 tritt allerdings eine umfangreiche Unternehmenssteuerreform in Kraft, die eine spürbare Entlastung für die Unternehmen bedeutet (s. Abschnitt: Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform).

3. Das Zinsniveau wird auch im weiteren Prognosezeitraum kein Problem bei der Finanzierung von Investitionen darstellen. Damit bleiben die Fremdfinanzierungsbedingungen für Unternehmensinvestitionen in Deutschland günstig. Die Eigenfinanzierungsbedingungen haben sich vor dem Hintergrund der Gewinn- und Börsenentwicklung deutlich verbessert. Gleichwohl können mögliche Aufwertungen, höhere Lohnstückkosten und teilweise fehlende Möglichkeiten zur Überwälzung der höheren Mehrwertsteuer (HDE, 2007) die Gewinndynamik der Unternehmen bremsen.

Bau setzt Erholungskurs fort

Die rund eine Dekade anhaltende Baukrise in Deutschland war auf breiter Basis eingetreten. Sowohl die öffentlichen als auch die privaten Bauinvestitionen waren nach den deutlichen Anstiegen in den frühen neunziger Jahren immer weiter rückläufig. Im Zeitraum 2003 bis einschließlich 2005 dominierte besonders der öffentliche Bau den Rückgang. Dagegen kam es im Jahr 2006 zu einer Erholung auf breiter Front. Die öffentlichen Bauinvestitionen haben im vergangenen Jahr mit einem Plus von gut 9 Prozent auf Basis nominaler Werte zugenommen, die unternehmerischen Bauinvestitionen um 6,4 Prozent. Die Auftragseingänge bei den Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe signalisierten in den ersten beiden Monaten des Jahres 2007 eine Fortsetzung des Aufwärtstrends bei den Bauinvestitionen. Das gilt sowohl für Westdeutschland als auch für Ostdeutschland. Die realen Bauinvestitionen werden in Deutschland in den Jahren 2007 und 2008 mit einem Plus in Höhe von jeweils 2 Prozent allerdings nicht mehr so stark expandieren wie im vergangenen Jahr (4,2 Prozent). Im Prognosezeitraum sind dabei folgende Entwicklungen in den einzelnen Bausparten zu erwarten:

1. Der Wohnungsbau in Deutschland wird vor allem von der positiven Arbeitsmarktentwicklung beeinflusst. Die Dynamik ist deshalb geringer, weil die den Bau im Jahr 2006 belebenden Sondereffekte – zum einen die Nachwirkungen der zum Januar 2006 abgeschafften Eigenheimzulage und zum anderen die Vorzieheffekte der im Januar 2007 erfolgten Erhöhung der Mehrwertsteuer – wegfallen.

2. Der Wirtschaftsbau wird auch weiterhin von den Erweiterungsinvestitionen im Unternehmenssektor begünstigt.
3. Die zunehmend bessere Finanzlage der Kommunen stimuliert Modernisierungsbaumaßnahmen. Damit bleiben öffentliche Bauaufträge auch in absehbarer Zeit eine Stütze der Baukonjunktur.

Verstetigung beim Konsum

Die Privaten Konsumausgaben in Deutschland sind nach einer vierjährigen Schrumpfungs- und Stagnationsphase im Jahr 2006 erstmals wieder angestiegen. Das Vorjahresvolumen wurde dabei um 0,8 Prozent übertroffen. Dabei muss sicherlich auch in Rechnung gestellt werden, dass die Vorzieheffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 die Konsumerholung im Jahr 2006 begünstigt haben. Im internationalen Vergleich ist das deutsche Konsumwachstum zwar immer noch bescheiden, aber immerhin gab es eine Trendwende. Die bis zum letzten Jahr andauernde Konsumschwäche in Deutschland war vorwiegend das Ergebnis der schlechten Arbeitsmarktentwicklung. Eine Regressionsrechnung (Lesch, 2007) zeigt, dass dagegen ein Beschäftigungsanstieg um 1 Prozent den Konsum in Deutschland um 0,8 Prozent ansteigen lässt.

Die Entwicklung der Konsumausgaben in Deutschland im Jahr 2007 steht zunächst im Schatten der Mehrwertsteuererhöhung. In einigen Branchen weisen Indikatoren deutlich auf steuerbedingte Bremseffekte hin. So signalisieren die nominalen und saisonbereinigten Umsätze im Einzelhandel (einschließlich Kraftfahrzeughandel und Tankstellen) in den ersten beiden Monaten dieses Jahres einen Rückgang gegenüber dem vierten Quartal 2006 um 5,5 Prozent. Bei Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf gab es dabei einen Rückgang um fast 6 Prozent. Es muss allerdings auch bedacht werden, dass auf den Einzelhandel nur noch gut 30 Prozent des Privaten Verbrauchs in Deutschland entfallen – im Jahr 1991 waren es noch fast 7 Prozentpunkte mehr (Tabelle 3). Gleichwohl hat der Einzelhandel mit Abstand das größte Gewicht am Privaten Verbrauch.

Im Jahr 2007 wird der preisbereinigte Konsum der Privaten Haushalte in Deutschland trotz der höheren Mehrwertsteuer in einem ähnlichen Ausmaß wie im vergangenen Jahr zulegen, und zwar um 0,9 Prozent. Für das Jahr 2008 wird eine Wachstumsrate von 1,2 Prozent erwartet. Neben der Investitionstätigkeit verstetigt sich damit auch die zweite Komponente der Inlandsnachfrage. Es werden folgende Entwicklungen zugrunde gelegt:

Tabelle 3

Konsumstruktur in Deutschland

Konsumausgaben der Privaten Haushalte nach Lieferbereichen im Jahr 2006

	Konsum in Milliarden Euro	Anteil in Prozent	Anteilsveränderung 1991 bis 2006 in Prozentpunkten
Einzelhandel (ohne KFZ)	391,5	30,5	-6,8
Grundstücks-, Wohnungswesen	275,4	21,5	5,0
Öffentliche und private Dienstleister	141,1	11,0	2,5
Kraftfahrzeughandel, -reparaturen, Tankstellen	119,2	9,3	-3,0
Banken, Versicherungen	77,7	6,1	2,9
Verkehr, Nachrichten	68,9	5,4	0,8
Gastgewerbe	64,7	5,0	-0,3
Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe	61,8	4,8	-1,4
Energie-, Wasserversorgung	46,9	3,7	0,6
Großhandel (ohne KFZ)	29,1	2,3	-0,4
Land-, Forstwirtschaft	7,3	0,6	-0,1
Konsumausgaben im Inland	1.283,4	100,0	-

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



1. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene wird die Lohnentwicklung im Jahr 2007 ähnlich wie im Vorjahr ausfallen. Damit wird die Arbeitsmarkterholung in Deutschland anhalten, was sich wiederum positiv auf die gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung auswirkt. Die Nettoarbeitseinkommen werden vor allem aufgrund des markanten Arbeitsplatzaufbaus, aber auch wegen der insgesamt niedrigeren Sozialbeiträge zulegen.

2. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen der Privaten Haushalte werden infolge der Gewinnentwicklung der Unternehmen und der daraus folgenden Dividendeneinnahmen weiter ansteigen. Vor dem Hintergrund der Vermögensentwicklung bleibt die Sparquote der Privaten Haushalte konstant bei rund 10½ Prozent.

3. Hinsichtlich der Rohölpreisentwicklung wird im Prognosezeitraum von keinem zusätzlichen Kaufkraftverlust für die Privaten Haushalte ausgegangen. Gleichwohl gilt, dass die Unsicherheit über die weitere Entwicklung an den Ölmärkten ein hohes Prognoserisiko darstellt. Dieses Prognoserisiko ist beim Blick auf die Konsumausgaben gleichwohl in beide Richtungen zu verstehen.

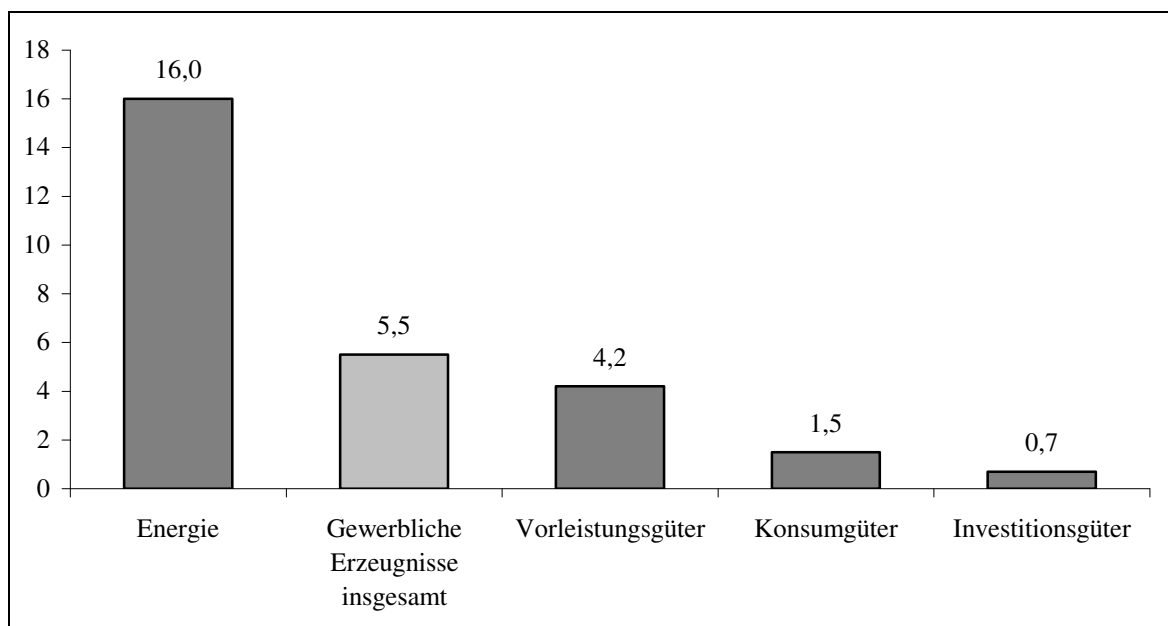
Keine Inflationsbeschleunigung

Die Inflationsrate wird in diesem Jahr trotz der Mehrwertsteuererhöhung das Vorjahresniveau von 1,7 Prozent nicht übersteigen. Das entspricht auch dem Preisanstieg im ersten Quartal 2007. Dabei ergab sich keine unterschiedliche Inflationsrate mit oder ohne Berücksichtigung der Energiepreise. Im Jahr 2008 wird die Teuerungsrate sogar bei nur noch 1,5 Prozent liegen. Deutschland gehört damit im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu den Ländern mit der höchsten Geldwertstabilität. Allerdings wird bei dieser Preisprognose – wie auch im Rahmen der Konsumprognose – von keiner weiteren Verteuerung der Ölpreise ausgegangen. In den Jahren 2007 und 2008 wird sich der Ölpreis in einem Korridor von 55 bis 65 US-Dollar bewegen. Der stärkere Euro schafft bei der Ölrechnung etwas Entlastung.

Abbildung 6

Erzeugerpreisdynamik im Jahr 2006 in Deutschland

Veränderung der Erzeugerpreise für den Inlandsabsatz gegenüber Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die moderate Teuerung in Deutschland erklärt sich auch durch die Entwicklung auf den vorgelagerten Preisebenen. So war bei den Importpreisen in den ersten drei Monaten dieses Jahres nur noch ein Anstieg um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu beobachten – im Gesamtjahr 2006 sind die Einfuhrpreise dagegen um 5,2 Prozent angestiegen. Bei den Erzeugerpreisen hat die Preisdynamik ebenfalls nachgelassen. Während diese Preise im Gesamtjahr 2006 um 5,5 Prozent anstiegen, war im ersten Quartal 2007 nur noch eine Teuerung von 2,8 Prozent zu beobachten. Dabei gilt sowohl für die Entwicklung im Jahr 2006

als auch am aktuellen Rand, dass die Erzeugerpreisanstiege der für den Inlandsabsatz bestimmten Güter im Wesentlichen durch die Verteuerung von Energiegütern und Vorleistungsgütern, die ebenfalls von höheren Rohstoffpreisen beeinflusst werden, zu erklären sind (Abbildung 6). Dagegen war bei den Konsumgütern mit 1,5 Prozent und vor allem bei den Investitionsgütern mit 0,7 Prozent keine nennenswerte Teuerung zu verzeichnen.

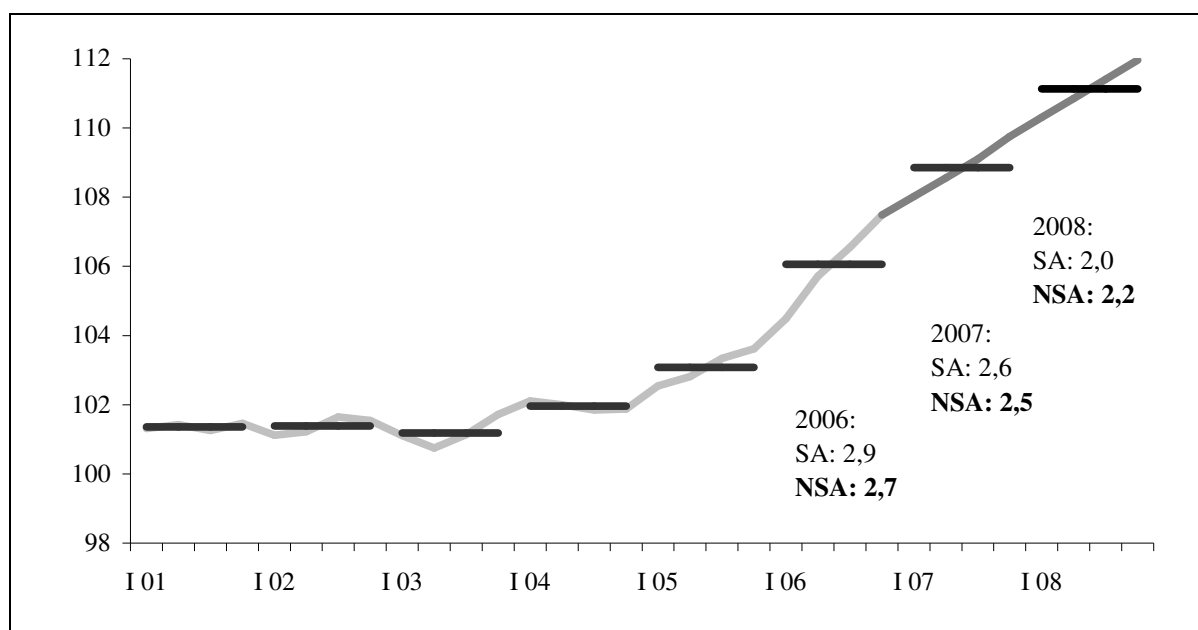
Durchgehender Aufwärtstrend stärkt Produktionspotenzial

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung in seinen einzelnen Verwendungsaggregaten wird das reale BIP in Deutschland im Jahr 2007 um 2,5 Prozent und im Jahr 2008 etwas schwächer um 2,2 Prozent zulegen (Abbildung 7).

Abbildung 7

BIP-Verlauf in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte, 2000 = 100, ab 2007: IW-Frühjahrsprognose



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Somit wird Deutschland über drei Jahre in Folge ein Wirtschaftswachstum von mehr als 2 Prozent aufweisen. Die Produktionsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft werden weitgehend ausgeschöpft. Sofern die weltwirtschaftliche Lage im Prognosezeitraum keine spürbare Verlangsamung aufweist, dürfte die bereits im Jahr 2005 angelaufene Endogenisierung der Konjunkturentwicklung anhalten. Der weiterhin anstehende Modernisierungsbedarf – etwa bei der Infrastruktur – und die durch die starke Kapazitätsbeanspruchung notwendigen Erweiterungsinvestitionen können den Investitionszyklus aufrechterhalten.

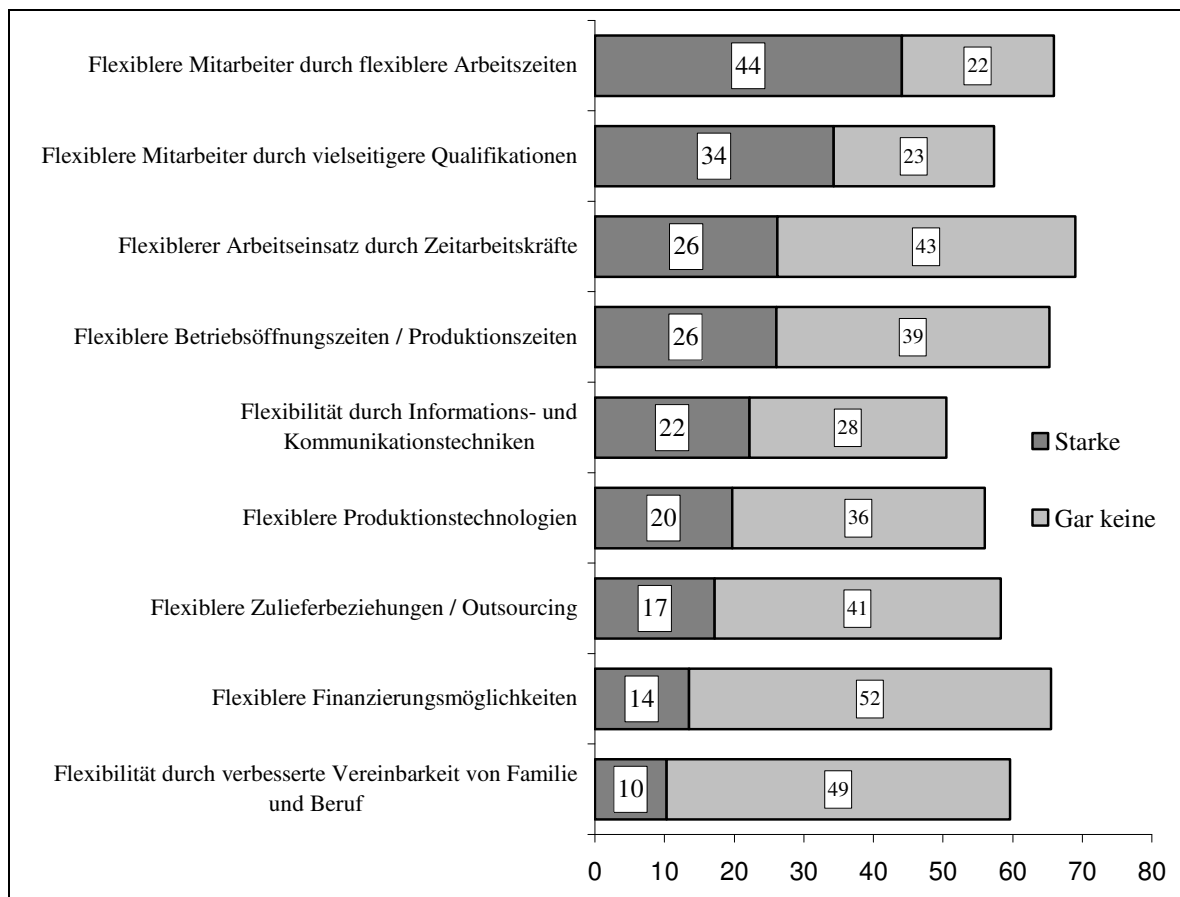
Unter der Voraussetzung, dass sich der Beschäftigungsaufbau und der spiegelbildliche Rückgang der Arbeitslosigkeit fortsetzen, werden auch der private Wohnungsbau und der Private Konsum expandieren.

Sowohl die durch die Investitionstätigkeit induzierte Kapitalstockbildung als auch der zunehmende gesamtwirtschaftliche Arbeitseinsatz werden die Produktionsmöglichkeiten stärken. Hinzu kommen vielfältige Flexibilitätspotenziale, die es den Unternehmen heute erlauben, mit einem bestehenden Faktoreinsatz kurzfristig eine höhere Outputsteigerung in Deutschland zu realisieren. Vor diesem Hintergrund wurden 2.000 Unternehmen im Rahmen der Konjunkturumfrage vom Herbst 2006 des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln um eine Antwort dazu gebeten, wodurch sie in ihrem Unternehmen derzeit ein flexibleres Produktionspotenzial haben (Abbildung 8).

Abbildung 8

Flexibilitätspotenziale in der deutschen Wirtschaft

Frage: Inwieweit haben folgende Faktoren positive Auswirkungen auf die Produktionsmöglichkeiten Ihres Unternehmens gehabt? Angaben in Prozent¹⁾



Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage vom Herbst 2006. 1) Rest zu 100: geringe Auswirkungen.
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Flexibilität der eigenen Mitarbeiter ist für die befragten Unternehmen der Hauptgrund für eine höhere Anpassungskapazität. Gut 44 Prozent der deutschen Unternehmen geben an, dass flexiblere Arbeitszeiten der Mitarbeiter den Unternehmen heute eine flexiblere Produktion erlauben. Nur in gut einem Fünftel der Firmen spielt dies keine Rolle. Vielseitigere Qualifikationen der Mitarbeiter ermöglichen für mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen auch eine bessere konjunkturelle Anpassungsfähigkeit. Durch den Zugriff auf Mitarbeiter in Zeitarbeitsfirmen erzielt gut ein Viertel der Unternehmen heutzutage einen flexibleren Arbeitseinsatz und damit auch reaktionsschnellere Produktionsmöglichkeiten. Für fast 43 Prozent der deutschen Betriebe ergeben sich keine positiven Auswirkungen durch Zeitarbeitskräfte. Dabei ist der Anteil in Ostdeutschland mit 54 Prozent sogar um 13 Prozentpunkte höher als im Westen. Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat in den Betrieben in Deutschland bislang noch nicht zu einem flexibleren Produktionspotenzial beigetragen. Nur gut 10 Prozent der Firmen erkennen hier positive Effekte, fast die Hälfte sieht überhaupt keine. Flexiblere Betriebsöffnungszeiten und Produktionszeiten in den Unternehmen haben bisher für gut ein Viertel der Firmen starke Auswirkungen auf deren Anpassungsfähigkeit. In zwei von fünf Unternehmen sind dagegen keine positiven Effekte zu beobachten. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien sowie insgesamt neue Produktionstechniken verschaffen rund einem Fünftel der Unternehmen ein flexibleres Produktionspotenzial. Die Auslagerung von vormals selbst erstellten Produktionsbestandteilen an spezialisierte Zulieferer (Outsourcing) und flexiblere Zulieferbeziehungen führen nur gut 17 Prozent der deutschen Unternehmen als eine Maßnahme zur Erhöhung der Produktionsmöglichkeiten an. Flexiblere Finanzierungsmöglichkeiten haben bisher in 52 Prozent der deutschen Betriebe keine Auswirkungen auf deren Produktionspotenzial. Nur knapp 14 Prozent erkennen hier starke, immerhin ein Drittel der Unternehmen sieht geringe positive Auswirkungen.

Strukturreformen am Arbeitsmarkt

Angesichts der den Faktor Arbeit betreffenden und realisierten Flexibilisierungspotenziale in den Unternehmen und der insgesamt positiven Beschäftigungsentwicklung in Deutschland in den vergangenen Monaten drängt sich die Frage auf, ob die jahrelang dominierenden Strukturprobleme des Arbeitsmarkts gelöst sind und ob sie sich in einer erhöhten Beschäftigungsintensität des Wachstums niederschlagen. Diese Frage kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht eindeutig beantwortet werden. Seit dem Jahr 2002 sind drei nennenswerte Strukturreformen umgesetzt worden, die potenziell geeignet sind, die Arbeitslosigkeit strukturell zu senken:

- Erstens konnten durch die Neuausrichtung der Strategie der Bundesagentur für Arbeit (BA) beträchtliche Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik eingespart werden, ohne dass die Effektivität der Förderung signifikant gelitten hätte. Nicht zuletzt durch diese Einsparungen war es möglich, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte zu senken. Diese Verringerung des Abgabenkeils wird sich auch in den kommenden Jahren positiv auf die Beschäftigungsentwicklung auswirken.
- Zweitens wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds von bis zu 32 auf maximal 18 Monate gesenkt. Aus mikroökonomischen Untersuchungen ist bekannt, dass der Anspruchslohn und somit die Dauer der Arbeitslosigkeit ganz entscheidend von der Bezugsdauer beeinflusst werden (Schäfer, 2003, 33). Neben den fiskalischen Effekten hat diese Kürzung zur Senkung der Anzahl der Empfänger von Arbeitslosengeld I beigetragen. Langfristig wird auch der Zugang in die Langzeitarbeitslosigkeit gebremst.
- Drittens ist die Hartz-IV-Reform im Grundsatz geeignet, für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose bessere Anreize zu bieten, eine produktivitätsorientierte entlohnte Beschäftigung aufzunehmen. Diese Verbesserung im Vergleich zum vorhergehenden Status quo – dem Nebeneinander von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – konnte aber bislang aufgrund gravierender Konstruktionsmängel ihre Wirkung kaum entfalten. Die wenig geglückte Aufteilung der Zuständigkeit zwischen Arbeitsagenturen und Kommunen verursachte Reibungsprobleme, die bis heute die eigentliche angestrebte Qualitätsverbesserung durch eine bessere Aktivierung der Arbeitslosen vereitelten. Zudem gibt es keinen Anknüpfungspunkt zur Herstellung von Konnexität: Die betreuenden Arbeitsgemeinschaften können kein echtes Eigeninteresse an der Lösung des Problems entwickeln, weil sie die finanziellen Folgen guter oder schlechter Arbeitsmarktpolitik nicht verantworten müssen.

Es muss festgehalten werden, dass besonders hinsichtlich der größten Problemgruppe am deutschen Arbeitsmarkt – den Langzeitarbeitslosen – noch keine ausreichenden Reformfortschritte erzielt worden sind. Dafür spricht auch die stagnierende Anzahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II. Wirksame Strukturreformen gab es vorrangig im Bereich des Sozialgesetzbuchs III. Eine höhere Beschäftigungsintensität des Wachstums ließe sich aus der Reformchronologie also nicht ohne weiteres ableiten. Dies ist auch empirisch nicht eindeutig darstellbar. Im Durchschnitt der Jahre 1992 bis 2006 liegt die Wachstumselastizität der Erwerbstätigkeit bei 0,5 – ein um 1 Prozentpunkt höheres Wirtschaftswachstum geht mit einem um 0,5 Prozentpunkte höheren Wachstum der Erwerbstätigkeit einher. Die bisherige Entwicklung zeigt keine deutliche Abkehr von diesem Verhältnis an.

Markanter Beschäftigungsaufbau in Deutschland

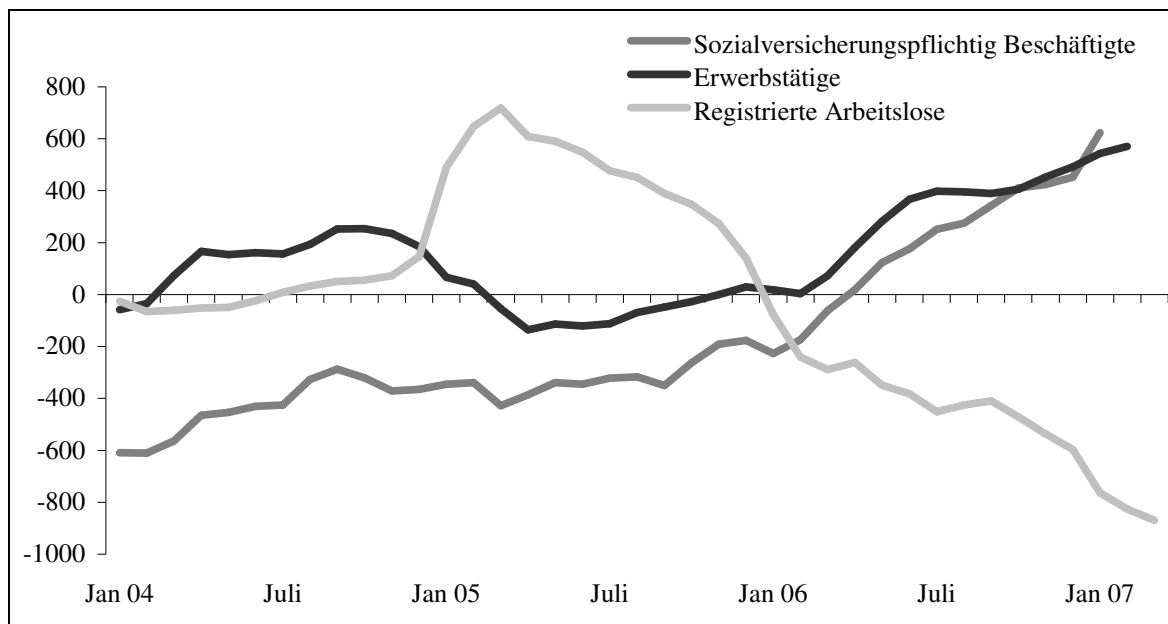
Die Arbeitsmarktwende, die sich im Verlauf des Jahres 2005 bereits andeutete, aber durch den rein statistisch bedingten starken Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit im Zug der Hartz-IV-Reform weitgehend verdeckt wurde, ist im Jahr 2006 deutlich sichtbar geworden (Abbildung 9). Bereits zu Beginn des vergangenen Jahres stieg die Erwerbstätigkeit über das Vorjahresniveau. Gleichsam fiel die Anzahl der registrierten Arbeitslosen unter den Stand des Vorjahresmonats. Im Frühjahr 2006 kehrte sich auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ins Plus. Seitdem hat die Dynamik nicht nachgelassen. Im Jahresdurchschnitt 2006 stieg die Erwerbstätigkeit um knapp 300.000 Personen oder um 0,7 Prozent. Am Jahresanfang 2007 stand sie sogar um knapp 600.000 Personen über dem Stand von vor zwölf Monaten. Das entspricht einem Zuwachs von 1,5 Prozent. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weist gleichzeitig einen Anstieg um über 600.000 Personen oder um 2,4 Prozent auf, und die Arbeitslosigkeit ist um 870.000 Personen gefallen. Der starke Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung unterscheidet den gegenwärtigen Aufschwung von der letzten Erholungsphase in den Jahren 1998 bis 2000. Seinerzeit stieg die Erwerbstätigkeit in einzelnen Monaten stark an, aber die Beschäftigung nahm binnen Jahresfrist um maximal knapp 400.000 zu. Die zum Jahresende 2006 anhaltende positive Entwicklung erzeugt einen statistischen Überhang, der die Jahresdurchschnittswerte von Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit selbst dann noch positiv beeinflussen wird, wenn sich die Lage im Jahresverlauf 2007 eintrüben sollte. Allein dieser Überhang liefert bei der Erwerbstätigkeit für dieses Jahr einen Wachstumsbeitrag von 0,8 Prozentpunkten.

Anders als gelegentlich befürchtet und als es in den vorangegangenen Jahren zu beobachten war, ist der kräftige Aufschwung am Arbeitsmarkt durch Zuwächse an regulärer, abhängiger Beschäftigung zustande gekommen. Die im Nachgang der Reform 2003 zunächst stark gestiegene Anzahl geringfügig Beschäftigter stagniert. Die Anzahl ausschließlich geringfügig Beschäftigter sank im Januar 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat sogar um knapp 70.000 Personen. Die Anzahl der Selbstständigen ist mit knapp 40.000 Personen kaum merklich angewachsen. Dass sich das Wachstum der Selbstständigkeit verlangsamt, liegt zu einem nicht unwesentlichen Teil an der geänderten Förderpolitik der BA. Die Bedingungen, zu denen die BA Existenzgründungen fördert, sind in den letzten beiden Jahren deutlich erschwert worden.

Abbildung 9

Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland

Veränderung der Anzahl der Erwerbstätigen, der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahresmonat in 1.000 Personen



Quellen: BA; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Zutreffend ist die Beobachtung, dass das Wachstum sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung durch das Wachstum von Teilzeitbeschäftigung dominiert wird. Beim Vergleich der Werte vom Juni 2006 mit dem Vorjahr zeigt sich bei der Vollzeitbeschäftigung nur ein geringer, bei der Teilzeitbeschäftigung aber ein deutlicher Zuwachs. Zu erwarten ist indes, dass sich diese Relation bei fortgesetzter Wachstumsdynamik zugunsten der Vollzeitbeschäftigung verschieben wird. Bereits vom März bis zum Juni 2006 verlief das Wachstum der Vollzeitbeschäftigten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat stärker als bei den Teilzeitbeschäftigten. Davon abgesehen, war ein zunächst überdurchschnittliches Wachstum der Teilzeitbeschäftigung bereits charakteristisch für den Arbeitsmarktaufschwung in den Jahren 1998 bis 2000. Auch in dieser Phase kam es zu einem späteren deutlichen Aufbau von Vollzeitstellen. Zutreffend ist weiterhin, dass ein beträchtlicher Teil der zusätzlichen Beschäftigung im Bereich Zeitarbeit stattgefunden hat. Von Juni 2005 bis Juni 2006 ist die Anzahl der Arbeitnehmer in Zeitarbeitsfirmen um knapp 150.000 Personen gestiegen, das entspricht einem Anteil am Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in diesem Zeitraum von rund 80 Prozent. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das Wachstum der Zeitarbeit ein Phänomen ist, das unabhängig vom konjunkturellen Kontext zu beobachten ist. Schon in den vorangegangenen Jahren wuchs die Zeitarbeit, während die Beschäftigung in anderen Branchen sank. Im Übrigen ist die Beschäfti-

gung in der Zeitarbeit nicht anders zu beurteilen als die Beschäftigung in anderen Branchen. So unterliegt die Zeitarbeit in Deutschland denselben, zuweilen sogar stärkeren Arbeitsmarktregulierungen (Burda/Kvasnicka, 2006).

Anhaltende Arbeitsmarkterholung

Nicht zuletzt wegen der hervorragenden Ausgangsposition, die sich in dem bereits genannten statistischen Überhang manifestiert, wird die Erwerbstätigkeit im Jahr 2007 kräftig steigen (Tabelle 4). Ein Wachstum von 1,3 Prozent ist gleichbedeutend mit rund 500.000 neuen Arbeitsplätzen. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird kräftig zulegen. Ein Wachstum von 1,5 bis 2 Prozent erscheint mindestens erreichbar. Die durchschnittliche Arbeitszeit wird leicht sinken. Zwar bleibt die tarifliche Arbeitszeit unverändert, und es gibt auch keine größeren Kalendereffekte. Aber das überproportionale Wachstum der Teilzeitbeschäftigung drückt auf die durchschnittliche Arbeitszeit. Im Ergebnis verbleibt dennoch ein Wachstum des Arbeitsvolumens um 1 Prozent. Das entspricht dem höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Die Anzahl der registrierten Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt 2007 unter 4 Millionen Personen sinken.

Tabelle 4

Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung in Deutschland

	2006	2007	2008	2007	2008
	Absolute Werte			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	39.106	39.610	39.970	1,3	0,9
Arbeitszeit (in Stunden)	1.435,9	1.431,6	1.433,0	-0,3	0,1
Arbeitsvolumen (in Milliarden Stunden)	56,152	56,714	57,281	1,0	1,0
Reales BIP	-	-	-	2,5	2,2
Reales BIP je Erwerbstätigen	-	-	-	1,2	1,3
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde	-	-	-	1,5	1,2
Erwerbslose nach ILO-Definition (in 1.000)	3.432	3.100	2.950	-9,7	-4,8
Erwerbslosenquote (in Prozent)	8,1	7,3	6,9	-	-
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	4.487	3.850	3.620	-14,2	-6,0
Arbeitslosenquote (in Prozent)	10,8	8,9	8,3	-	-

Quellen: BA; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Im Jahr 2008 wird sich das Wachstum der Erwerbstätigkeit – nicht zuletzt aufgrund des weniger ausgeprägten Überhangs aus dem Vorjahr – etwas abschwächen. Der Zuwachs von 0,9 Prozent wird dennoch über 350.000 zusätzliche Arbeitsplätze bringen. Damit wären im

Aufschwung 2006 bis 2008 insgesamt rund 1,2 Millionen neue Stellen geschaffen worden. Im Zeitraum 1997 bis 2001 waren es 1,8 Millionen. Da ein positiver Kalendereffekt im Jahr 2008 für ein leichtes Wachstum der durchschnittlichen Arbeitszeit sorgt, wird das Arbeitsvolumen einen ähnlich hohen Wachstumsbeitrag liefern können wie im Vorjahr. Die registrierte Arbeitslosigkeit vermindert sich nochmals um gut 200.000 Personen. Die Arbeitslosigkeit nach Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wird unter 7 Prozent sinken und verlässt damit im internationalen Vergleich der OECD-Länder die hintere Tabellenhälfte.

Mögliche Störungen für die Arbeitsmarkterholung

Abgesehen von der latenten Gefahr unangemessen hoher Lohnabschlüsse bestehen im Wesentlichen zwei Risiken, die der erwarteten deutlichen Erholung des deutschen Arbeitsmarkts im Wege stehen könnten:

1. Das kleinere Risiko stellt die Möglichkeit eines arbeitsmarktpolitischen Störfeuers seitens des Gesetzgebers dar. Als besonders schädlich könnten sich dabei die beiden folgenden Entwicklungen erweisen: Erstens wird diskutiert, die öffentlich geförderte Beschäftigung nochmals über das durch die 1-Euro-Jobs erreichte Maß hinaus auszudehnen. Dabei hat die BA in den vergangenen Jahren solche Maßnahmen zu Recht stark reduziert. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als lange Zeit bedeutsamste Form der öffentlich geförderten Beschäftigung haben sich in mehreren Evaluationsstudien hinsichtlich des Ziels der Arbeitsmarktintegration als unwirksam erwiesen. Die Wiedereingliederungschance der Maßnahmeteilnehmer steigt nicht, zuweilen tritt sogar ein negativer Effekt auf (BMA, 2006, 153 ff.). Daran werden auch eingeflochtene Qualifizierungsanteile nichts ändern. Eine Wiederbelebung der Programme führt zu hohen fiskalischen Risiken, die möglichen Entlastungen und den damit verbundenen positiven Beschäftigungseffekten im Wege stehen. Zweitens könnte die Einführung eines Mindestlohns – auf dem Wege eines gesetzlichen Mindestlohns oder über die Allgemeinverbindlicherklärung von Mindestlohntarifverträgen – beträchtliche Beschäftigungsrisiken für Arbeitnehmer mit geringer Produktivität mit sich bringen. Arbeitnehmer, die den Mindestlohn zuzüglich der Lohnnebenkosten mit ihrer Arbeit nicht erwirtschaften können, werden in die Arbeitslosigkeit gedrängt. Das angestrebte Ziel der Armutsbekämpfung kann der Mindestlohn ohnehin nicht erfüllen. Der Lohn muss sich an der individuellen Produktivität orientieren können. An der Armutsschwelle oder einem politisch definierten Bedarf kann er sich allein schon deshalb nicht ausrichten, weil diese Bezugsgrößen je nach Haushaltsgröße unterschiedlich sind. Selbst ein Bruttostundenlohn von 8 Euro wäre noch zu wenig, um einem Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern den Bedarf zu sichern. Zur Überschreitung der Armutsschwelle wäre ein Bruttolohn von rund 13 Euro erforderlich. Auf der anderen Seite kann

ein Alleinstehender mit weniger als 5 Euro Stundenlohn seinen Bedarf sichern. Zielgenauer ist ein Kombilohnmodell, wie es das Arbeitslosengeld II in Deutschland darstellt. In diesem System werden geringe Erwerbseinkommen weitgehend anreizkonform mindestens auf das Existenzminimum aufgestockt. Dabei stellt sich ein Arbeitnehmer immer besser als ein ausschließlich von Transfers Lebender – gleichgültig, wie hoch der Stundenlohn ist.

2. Das größere Risiko für die nachhaltige Erholung des Arbeitsmarkts ist jedoch das Ausmaß seines eigenen Erfolgs. Trotz des Fehlens einer empirisch fundierten systematischen Evidenz gibt es Hinweise darauf, dass ein Mangel an Humankapital einer der wichtigeren wachstumshemmenden Faktoren der kommenden Jahre sein könnte. Schon im Frühjahr 2007 lag die Quote der Empfänger von Arbeitslosengeld I bei nur 3,4 Prozent der Erwerbspersonen. Das Reservoir an verfügbaren Arbeitslosen, das offene Stellen besetzen kann, schwindet zusehends, während die Nachfrage nach Arbeitskräften ein hohes Niveau erreicht. Die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen erreichte im Jahr 2006 das höchste Niveau seit 1991. Berücksichtigt werden muss dabei, dass nur 38 Prozent des gesamten Stellenangebots gemeldet wird (Kettner/Spitznagel, 2006, 4). Hochgerechnet mit der Meldequote ergibt sich für das Frühjahr 2007 eine Anzahl von knapp 1,5 Millionen ungefördernden offenen Stellen, zu denen noch einmal nicht hochgerechnet knapp 200.000 geförderte Stellen (1-Euro-Jobs, ABM) hinzukommen. Zwar gibt es noch eine beträchtliche Anzahl von Empfängern von Arbeitslosengeld II, doch von diesen steht nur die Hälfte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Zudem weisen die Langzeitarbeitslosen häufig Vermittlungsprobleme wie fehlende Qualifikationen und/oder gesundheitliche Beeinträchtigungen auf.

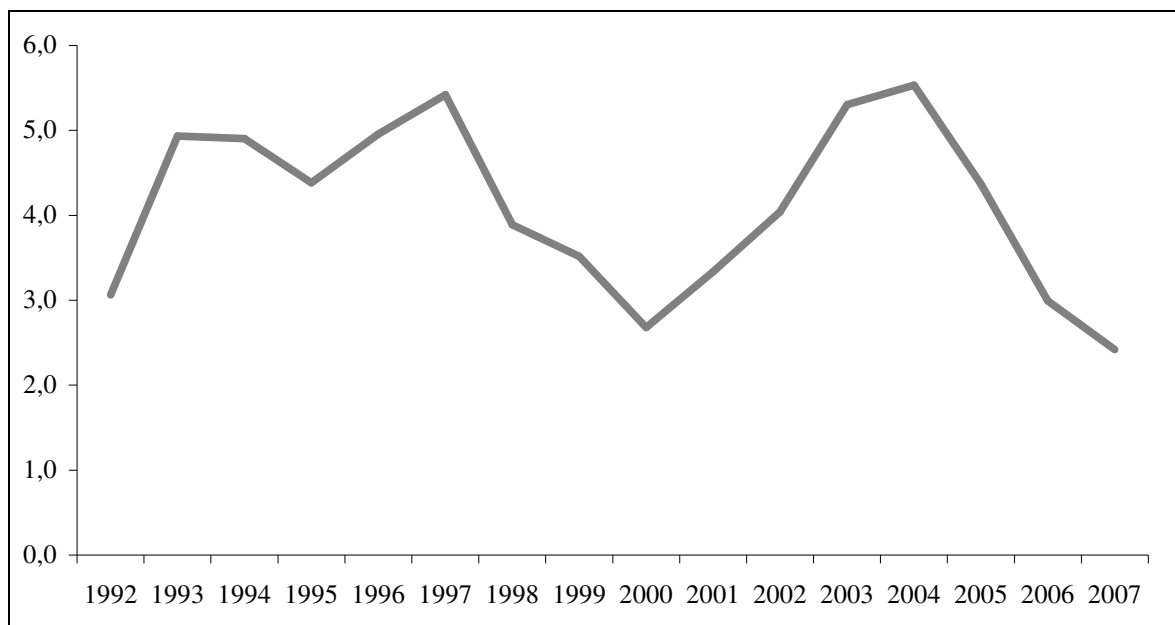
Insgesamt kommen derzeit in Deutschland 6,4 registrierte Arbeitslose auf eine gemeldete offene Stelle. Werden die nicht gemeldeten Stellen einbezogen, ergibt sich eine Relation von 2,4 – das entspricht dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung (Abbildung 10). Die Meldequote liegt jedoch nicht nach Berufen differenziert vor. Werden die gemeldeten Stellen in einzelnen Berufen mit der gesamtwirtschaftlichen Meldequote hochgerechnet, dann zeigen sich Arbeitsmarktbereiche, in denen die Anzahl der gemeldeten und ungemeldeten Stellenangebote gleich oder größer ist als die Anzahl der registrierten Arbeitslosen. Das gilt zum Beispiel für Werkzeugmacher, Elektriker, Ingenieure und Schlosser. Diese Berufe zeichnen sich zudem durch eine hohe Dynamik des Arbeitsmarkts aus. Allein im März 2007 ging für jeden siebten Arbeitslosen ein neues Stellenangebot ein. Als besonders problematisch kann sich ein Fachkräftemangel in Schlüsselqualifikationen erweisen, da diese häufig komplementär zu anderen Funktionen sind. Gerade in solchen Bereichen weist der deutsche Arbeitsmarkt große Lücken auf. So konnten im März 2007 insgesamt 5.800 arbeitslose Maschinenbau- und Fahrzeugbauingenieure auf 6.400 Stellenangebote zurückgreifen. Im früheren Bundesgebiet betrug das Verhältnis 0,6 Arbeitslose je offene Stelle, in

Baden-Württemberg sogar 0,5. Dabei ist nicht einmal berücksichtigt, dass bei Berufen mit höheren Qualifikationsanforderungen mit einer deutlich unterdurchschnittlichen Meldequote zu rechnen ist, da die Unternehmen üblicherweise andere Suchwege beschreiten (Mavgas/Spitznagel, 2002, 4).

Abbildung 10

Arbeitslosen-Vakanz-Relation in Deutschland

Registrierte Arbeitslose je gemeldete und ungemeldete offene Stelle in Deutschland



Angabe für 2007: März.

Quellen: IAB; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Außer aus dem Kreis der registrierten Arbeitslosen können Arbeitskräfte auch aus dem Kreis der Nichterwerbstätigen, der so genannten Stillen Reserve, und aus dem Kreis der verdeckt Arbeitslosen kommen. Letztere definiert der Sachverständigenrat als Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Personen im vorzeitigen Ruhestand. Diese Personengruppe umfasst immerhin knapp 1,3 Millionen Personen. Darunter ist jedoch die Hälfte Vorruehändler, die kaum noch aktivierbar sein dürften. Zudem hat sich die Anzahl der verdeckt Arbeitslosen seit Mitte der neunziger Jahre bereits halbiert (SVR, 2006, 466). Auch die Aktivierung der Stillen Reserve könnte auf Schwierigkeiten stoßen. Bei Männern im Haupterwerbsalter von 25 bis 54 Jahren liegt die Erwerbsbeteiligung in Deutschland bereits bei 93,6 Prozent. Das ist mehr als in beschäftigungspolitisch erfolgreicheren Ländern wie den Niederlanden (92,8 Prozent) oder dem Vereinigten Königreich (91,0 Prozent). Auch bei den Frauen im Haupterwerbsalter ist die Erwerbsquote im internationalen Vergleich hoch. Nur skandinavische Länder weisen hier höhere Werte als Deutschland auf, die angelsächsischen Länder haben dagegen niedrigere Erwerbsquoten. Ausbaufähig erscheint

die Erwerbsbeteiligung in Deutschland vor allem an den Rändern der Altersverteilung – bei Jugendlichen und vor allem bei Älteren. Selbst wenn dies gelingt, werden aber weitere Optionen zur Erweiterung des Arbeitskräfteangebots in den kommenden Jahren verstärkt diskutiert werden müssen. Dazu gehört neben der Aktivierung der Langzeitarbeitslosen durch geeignete Strukturreformen auch die arbeitsmarktgesteuerte Zuwanderung.

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Haushalte sind in den Jahren 2007 und 2008 von einem weiteren spürbaren Rückgang ihrer Defizite geprägt. Damit wird der Konsolidierungskurs des Jahres 2006 fortgesetzt. Hauptverantwortlich dafür ist eine deutliche Zunahme der staatlichen Einnahmen. Im Jahr 2006 stiegen die Steuereinnahmen und Sozialbeiträge um 7,5 und 1,0 Prozent an, was per saldo zu einem Anstieg der Einnahmen um 4 Prozent führte. Im Jahr 2007 bleibt die Einnahmeentwicklung positiv, schwächt sich mit einer Zuwachsrate von 2,6 Prozent aber ab (Tabelle 5). Ursache hierfür sind die gegenläufigen Entwicklungen von Steuern und Sozialbeiträgen. Die Steuereinnahmen entwickeln sich mit einem Wachstum von 5,7 Prozent im Jahr 2007 weiter äußerst positiv. Grundlage sind in diesem Jahr primär Gesetzesänderungen, also die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwert- und der Versicherungssteuer von 16 auf 19 Prozent. Dabei können die Prognosen der letzten Steuerschätzung für die Mehrwertsteuer voraussichtlich knapp gehalten werden. Im Jahr 2008 wird das Wachstum der Steuereinnahmen auf 2,7 Prozent zurückgehen, da anstelle von Einnahmen steigernden Reformen nun die Unternehmenssteuerreform mit Aufkommenseinbußen von 6 bis 7 Milliarden Euro in Kraft tritt. Die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen gehen im Jahr 2007 um 1,3 Prozent zurück. Hier dominiert die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,2 Prozent. Die positive Beschäftigungsentwicklung und der Anstieg des durchschnittlichen Beitragssatzes der Gesetzlichen Krankenversicherung können dies nicht ganz wettmachen. Im Jahr 2008 wird mit einem moderaten Wachstum der Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen gerechnet. Zwar sind derzeit noch keine diskretionären Änderungen der Beitragssätze erkennbar, aber die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird weiter zunehmen.

Für beide Jahre wird gleichzeitig ein weiterhin moderates, wenn auch leicht zunehmendes Wachstum der Ausgaben erwartet. Die Wachstumsraten bleiben in den Jahren 2007 und 2008 mit 0,8 und 1,0 Prozent unter den Einnahmewachsen. Dabei wird trotz der Entspannung am Arbeitsmarkt mit insgesamt weiter steigenden Sozialausgaben gerechnet, da die Rentner erstmals seit vier Jahren im Jahr 2007 wieder eine Rentenanpassung erhalten und die Einspareffekte der Gesundheitsreform zurückhaltend bewertet werden. Auch die Arbeitnehmerentgelte nehmen stärker zu als in der Vergangenheit. Per saldo ergeben sich

für die Jahre 2007 und 2008 jeweils Budgetdefizite von 0,9 und 0,6 Prozent des BIP. Damit würde die Obergrenze des Europäischen Stabilitätspakts klar eingehalten, und es besteht voraussichtlich ein ausreichender Sicherheitsabstand, um bei einer konjunkturellen Abschwächung die 3-Prozent-Grenze nicht wieder zu überschreiten.

Tabelle 5

Staatskonto für Deutschland

	2006	2007	2008
in Milliarden Euro			
Einnahmen	1.015,1	1.041,5	1.057,7
Steuern	530,2	560,2	575,6
Sozialbeiträge	401,0	395,9	398,1
Ausgaben	1.054,6	1.062,6	1.073,6
Soziale Leistungen	600,9	606,6	611,5
Bruttoinvestitionen	32,5	33,4	34,4
Finanzierungssaldo	-39,5	-21,1	-15,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent			
Einnahmen	4,0	2,6	1,3
Steuern	7,5	5,7	2,7
Sozialbeiträge	1,0	-1,3	0,6
Ausgaben	0,6	0,8	1,0
Soziale Leistungen	0,5	1,0	0,8
Bruttoinvestitionen	7,4	2,8	3,0
in Prozent des BIP			
Staatsquote	45,7	44,3	43,2
Abgabenquote	39,8	39,3	38,3
Finanzierungssaldo	-1,7	-0,9	-0,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform

Die ab dem 1. Januar 2008 in ihren wichtigsten Eckpunkten in Kraft tretende Unternehmenssteuerreform hat große finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen der Gebietskörperschaften einerseits wie auch auf den privaten Unternehmenssektor andererseits. So werden allein im Jahr 2008 die Unternehmen in Deutschland insgesamt durch tarifbedingte Steuersenkungen in Höhe von 19,5 Milliarden Euro entlastet und gleichzeitig durch Maßnahmen zur Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage in Höhe von

13,0 Milliarden Euro belastet. Per saldo ergibt sich ein Nettoentlastungsvolumen im kommenden Haushaltsjahr von 6,5 Milliarden Euro (Tabelle 6).

Tabelle 6

Wichtige Maßnahmen der Unternehmenssteuerreform 2008

in Milliarden Euro

	2008	Volle Jahreswirkung
Entlastungen insgesamt	19,5	32,0
Verringerung des Körperschaftsteuersatzes von derzeit 25 auf 15 Prozent	10,1	12,6
Senkung der Gewerbesteuermesszahl von heute 5 auf zukünftig 3,5 Prozent	5,3	7,3
Anhebung des Anrechnungsfaktors der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer von 1,8 auf 3,8	3,8	5,3
Einführung einer Thesaurierungsbegünstigung von 28,5 Prozent bei Personenunternehmen mit Verpflichtung zur Nachversteuerung von ausgeschütteten Gewinnen mit dem Abgeltungssteuersatz von 25 Prozent	–	4,1
Einführung einer Abgeltungssteuer in Höhe von 25 Prozent ab 1.1.2009	–	1,3
Sonstige entlastende Maßnahmen	0,3	1,4
Belastungen insgesamt	13,0	27,0
Abschaffung der degressiven Abschreibung	1,1	3,4
Wegfall des Betriebsausgabenabzugs bei der Gewerbesteuer	8,2	11,5
Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten bei der Wertpapierleihe	1,4	1,2
Einführung einer Zinsschranke von 30 Prozent mit einer Freigrenze von 1 Million Euro	0,4	1,5
25-prozentige Hinzurechnung von Zinsen sowie Finanzierungsanteilen von Mieten, Pachten, Leasingraten bei der Gewerbesteuer	0,2	1,0
Sonstige belastende Maßnahmen	1,7	8,4
Saldo	6,5	5,0

Volle Jahreswirkung: Ergebnis nach vollem Wirksamwerden aller Reformmaßnahmen.

Quellen: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage des Gesetzentwurfs zum Unternehmenssteuergesetz 2008; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

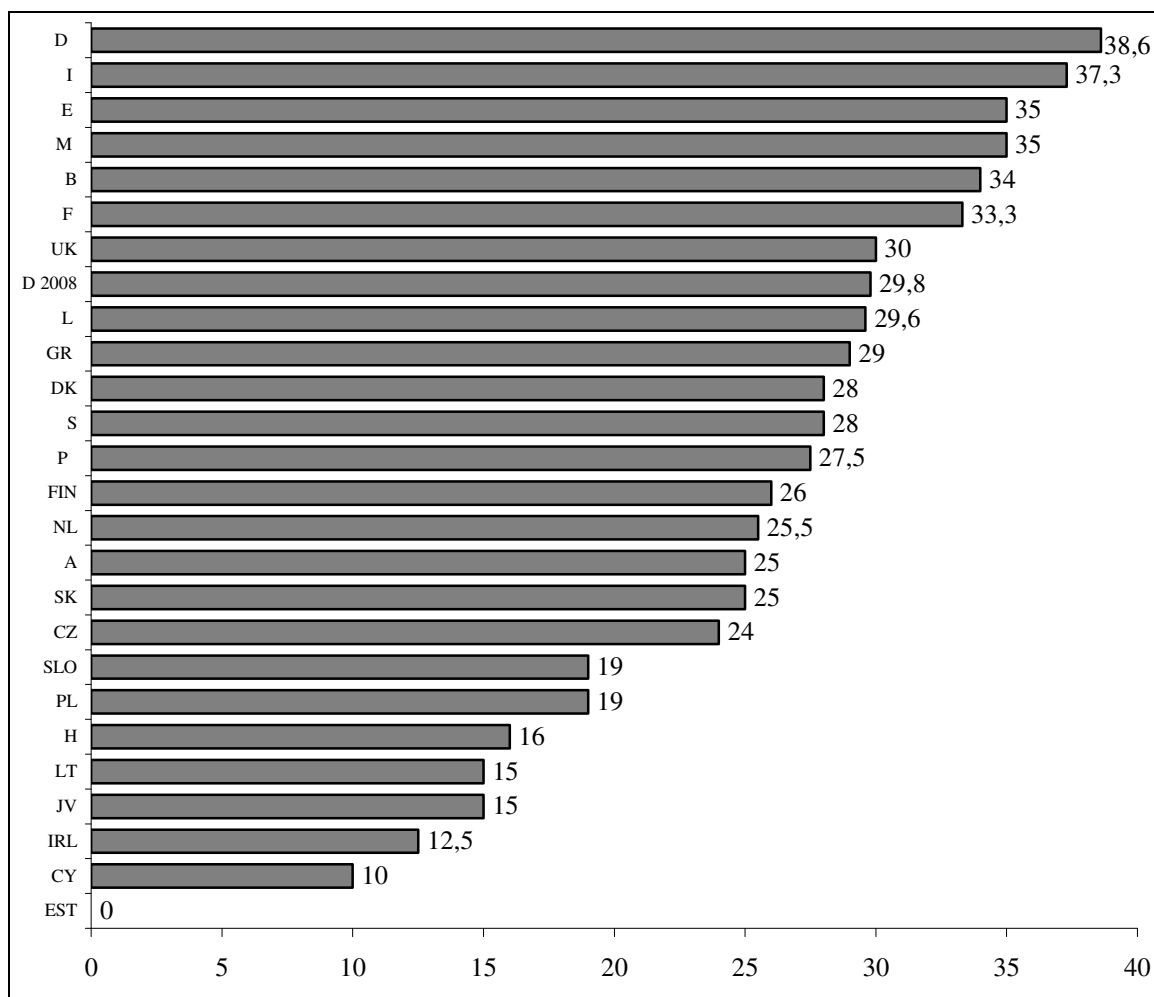
Die primäre Zielsetzung der Steuerreform besteht dabei in der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die dann ihrerseits positive Effekte auf das Investitionsvolumen der Unternehmen ausüben soll. Die tarifliche Belastung der einbehaltenen Gewinne der Kapitalgesellschaften sinkt von derzeit 38,6 Prozent auf 29,8 Prozent im Jahr 2008 (Abbildung 11). Zwar wird im Gegenzug ein Teil der tariflichen Entlastung unter anderem durch die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen konterkariert, jedoch dürfte per saldo die Unternehmenssteuerreform positive Wirkungen auf die Investitionen ausüben,

weil die spürbaren Tarifsenkungen um 8,8 Prozentpunkte allein die Kapitalgesellschaften im Jahr 2008 um gut 10 Milliarden Euro entlasten.

Abbildung 11

Gewinnbesteuerung von Kapitalgesellschaften in Europa

Tarifliche Steuerbelastung im Jahr 2007 in Prozent des Gewinns



Quellen: BMF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die vorgesehene Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen fällt dagegen vom Volumen her mit gut 1 Milliarde Euro nur wesentlich geringer ins Gewicht. Zwar sanktioniert eine Verschlechterung der Abschreibungen ein Unternehmen umso stärker, je höher seine Investitionen sind. Jedoch fällt die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen nicht so gravierend ins Gewicht, weil durch die Verringerung der Tarife auch die Steuerersparnis durch höhere Abschreibungsraten abnimmt. Aus investitionstheoretischer Sicht sind im Jahr 2007 Vorzieheffekte bei den Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten. Denn die Unternehmen können so von den derzeit geltenden besseren Abschreibungsbedingungen, die

während der gesamten Nutzungsdauer des Anlageguts erhalten bleiben, und den niedrigen Steuersätzen in den Folgejahren zugleich profitieren. Vor dem Hintergrund der Relationen von Tarifsenkung und Abschreibungsverschlechterung, aus denen auch nach dem Jahr 2007 eine deutliche Entlastung resultiert, dürfte dieser Effekt jedoch gering sein.

Quantitative Konsolidierungsaufgabe

Wie die aktuelle mittelfristige Finanzplanung des Bundes dokumentiert (Tabelle 7), liegen über den Zeitraum ab dem Jahr 2008 bisher noch keine verbindlichen Pläne zu einem Haushaltsausgleich vor, so dass also auch weiterhin Konsolidierungsanstrengungen beim Bund erforderlich sind. Das gilt erst Recht, wenn man berücksichtigt, dass die Schuldenstandsquote des öffentlichen Gesamthaushalts sowohl im Jahr 2007 mit 68,5 Prozent des BIP als auch bis zum Endpunkt der Finanzplanung im Jahr 2010 mit 64,5 Prozent oberhalb der erlaubten Maastricht-Norm von 60 Prozent verharrt. Eine Tragfähigkeitsanalyse (Fuest/Thöne, 2007) zeigt, dass sich zur Erreichung des minimalen Konsolidierungsziels eines ausgeglichenen Gesamthaushalts bis zum Jahr 2011 ab dem Jahr 2007 ein jährlich zusätzlich zu erbringender Konsolidierungsbeitrag von 10,8 Milliarden Euro ergibt. Auf den Bund entfallen hiervon 3,2 Milliarden Euro.

Tabelle 7

Finanzplan des Bundes 2006 bis 2010

in Milliarden Euro

	Ist 2006	Entwurf 2007	Finanzplan		
			2008	2009	2010
Ausgaben	261,0	270,5	274,3	274,9	276,8
Einnahmen	261,0	270,5	274,3	274,9	276,8
Nettokreditaufnahme	27,9	19,6	21,5	21,0	20,5
Nachrichtlich: Investive Ausgaben					
in Milliarden Euro	22,7	24,0	23,4	23,6	23,3
in Prozent der Bundesausgaben	8,7	8,9	8,5	8,6	8,4

Quellen: BMF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Qualitative Konsolidierungsaufgabe

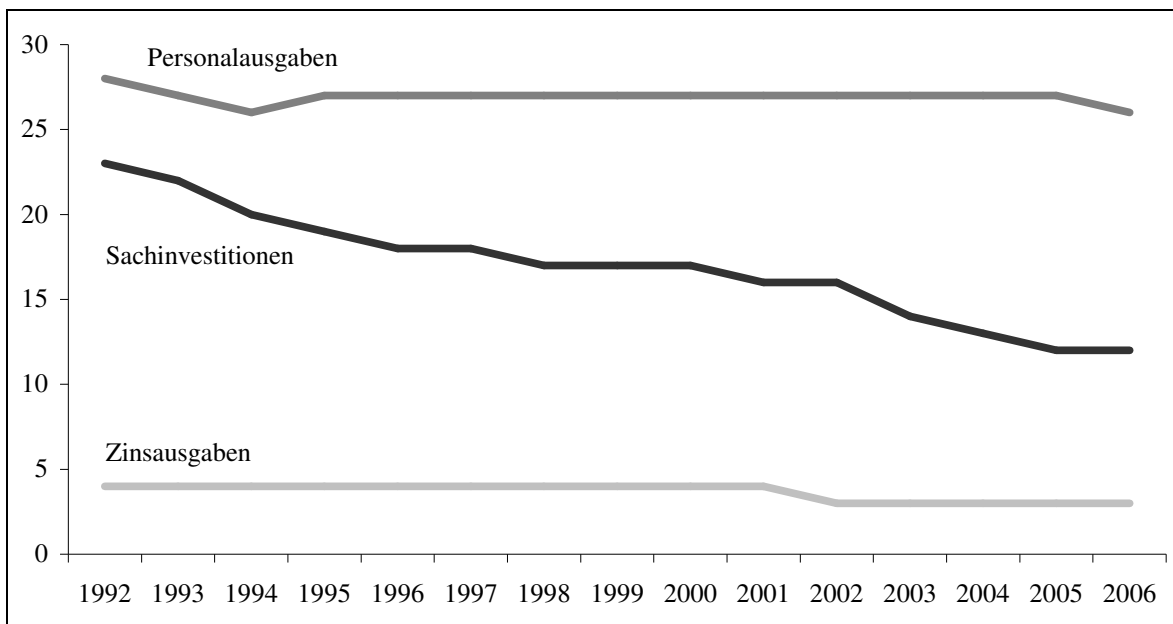
Zusätzlich zu dieser quantitativen Konsolidierungsaufgabe besteht jedoch auch die Notwendigkeit zu einer Verbesserung der Ausgabenstruktur im öffentlichen Sektor. Daraus resultiert die Aufgabe, auch das Ziel der qualitativen Konsolidierung mit in das Kalkül einzubeziehen.

Diese Aufgabe stellt sich besonders für die Kommunen in Deutschland. Sie zählen auch im abgelaufenen Haushaltsjahr 2006 zu derjenigen Gebietskörperschaftsebene, die mit 56,9 Prozent den größten Anteil an den öffentlichen Investitionen getätigt hat. Zwar wird – primär bedingt durch die konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen – die quantitative Konsolidierung im Zeitraum 2006 bis 2008 deutliche Fortschritte verzeichnen, jedoch bleibt das Problem der qualitativen Konsolidierung weiterhin ungelöst. Deshalb darf in Zukunft bei der weiterhin notwendigen Konsolidierung über die Ausgabenseite der Rotstift weniger als bisher bei den öffentlichen Investitionen angesetzt werden. Denn sie wirken sich positiv auf das Wachstum und die Beschäftigung aus, weil sie Komplementärcharakter zu den privaten Investitionen besitzen. Zudem ist der in vielen Bereichen, wie zum Beispiel beim Straßen- und Schulbau, zunehmenden Veralterung der öffentlichen Infrastruktur entgegenzuwirken. Wie stark der Verfall der kommunalen Sachinvestitionen in der längerfristigen Perspektive ist, zeigt Abbildung 12. Hiernach sank die kommunale Investitionsquote im Zeitraum 1992 bis 2006 von 23 auf 12 Prozent.

Abbildung 12

Struktur der kommunalen Ausgaben in Deutschland

in Prozent der Gesamtausgaben



Quellen: BMF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Will man zumindest wieder bei den kommunalen Investitionen auf den Stand des Jahres 1992 zurückkehren, so ergibt sich gemessen an der damaligen kommunalen Investitionsquote von 23 Prozent für das Jahr 2007 ein Nachholbedarf von mindestens 4,1 Milliarden

Euro. Ein noch größerer Nachholbedarf entsteht, wenn man auch die übrigen Gebietskörperschaften mit in die Pflicht zu einer qualitativen Konsolidierung einbezieht. Der nochmalige Blick auf die mittelfristige Finanzplanung des Bundes (s. Tabelle 7) zeigt, dass auch hier das Problem der qualitativen Konsolidierung ungelöst bleibt. Im Prognosezeitraum 2007 bis 2008 sinkt die Investitionsquote des Bundes. In dem gesamten Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung fällt dieser Negativtrend noch stärker aus. Hier geht der Anteil der investiven Ausgaben an den Gesamtausgaben von 8,8 Prozent im Jahr 2006 auf 8,4 Prozent im Jahr 2010 zurück.

Fortschritte in der Wirtschaftspolitik – unerledigte Aufgaben

Der Aufschwung hat den Arbeitsmarkt erreicht und nährt somit die Hoffnung auf einen dauerhaften Wachstumsprozess in Deutschland. Doch es besteht kein Grund zur Euphorie, wie schon ein Blick auf das internationale Wachstumstableau gezeigt hat. Die Wirtschaftspolitik hat offensichtlich in der Vergangenheit mit dazu beitragen können, die angebotspolitischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote ist rückläufig. Gleichzeitig werden die öffentlichen Haushalte konsolidiert, nicht zuletzt weil die Staatsausgabenquote erheblich zurückgeführt werden konnte. Mit 43,5 Prozent erreicht die Staatsquote im Jahr 2008 einen Wert wie zuletzt im Jahr 1990 in Westdeutschland. Damit erhöht der Staat den Spielraum für privatwirtschaftliche Aktivitäten und stärkt das Wachstumspotenzial.

Lag der Verdienst der Wirtschaftspolitik im vergangenen Jahr – abgesehen von der Erhöhung der Mehrwertsteuer zum Jahresanfang 2007 – vor allem darin, den Erholungsprozess nicht aktiv zu stören, so gehen die aktuellen ökonomischen Erfolge wohl in einem stärkeren Maß auf vorangegangene Reformen zurück und auf das entschlossene Handeln der Unternehmen, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Umstrukturierungen und Kostenmanagement nachhaltig zu verbessern. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik darf jetzt allerdings nicht locker lassen:

- Die öffentlichen Haushalte sind noch längst nicht ausgeglichen. Das strukturelle Staatsdefizit muss weiter gesenkt werden, und zwar über die Ausgaben- und nicht über die Einnahmeseite des Budgets. Die Perspektive auf Steuersenkungen zum Ende des Jahrzehnts muss glaubwürdig begründet und bereits jetzt in den Finanzplänen berücksichtigt werden.
- Eine längerfristig angelegte Wachstumsstrategie muss auch das Humankapital stärken. Erfolge sind zwar erst mittelfristig zu erwarten, aber für eine nachhaltige Stärkung der

Wachstumskräfte ist eine Erhöhung des Humankapitals durch eine Strukturreform des Bildungssystems unverzichtbar.

- Für den Arbeitsmarkt muss der Aufschwung genutzt werden, um Arbeitgebern und Arbeitnehmern größere Spielräume in der Gestaltung ihrer vertraglichen Perspektiven zu gewähren. In keinem Fall darf das Gegenteil geschehen.
- In der gesetzlichen Alterssicherung wurden wichtige Weichenstellungen bereits in der ersten Hälfte des Jahrzehnts vorgenommen. Mit der Anhebung der Regelaltersgrenze ab dem Jahr 2012 wird nun auch der letzte wichtige Reformbaustein eingefügt. Die Hausaufgaben sind von grundlegenden Systemfragen abgesehen im Wesentlichen gemacht.
- Dagegen bietet die Gesundheitsreform 2007 keine Antworten auf grundlegende Anreizprobleme oder die demographischen Herausforderungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Notwendig sind der Umstieg auf eine Prämienfinanzierung, um einen echten Preiswettbewerb im Gesundheitswesen zu initiieren, und mittelfristig der Aufbau einer Kapitaldeckung.
- Die anstehende Reform der Pflegeversicherung wird das Prognosebild bis zum Jahr 2008 kaum beeinflussen. Gleichwohl setzt die Politik mit dieser Reform auch ein Signal für den weiteren Umgang mit den demographisch bedingten Lasten. Notwendig ist der Umstieg auf eine kapitalgedeckte Versicherung in einem knappheitsgerecht gesteuerten Markt für Pflegedienstleistungen.

Das konjunkturelle Umfeld ist günstig für Reformen. Dies gilt es zu nutzen, um die angebotspolitischen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Das wäre aktive Wachstumsvorsorge, die mittelfristig dazu führen kann, dass Deutschland tatsächlich wieder zu einer Wachstumslokomotive für Europa und die Welt wird.

Literatur

Bernanke, Ben, 2007, Financial Regulation and the Invisible Hand, Remarks at the New York University Law School, New York, April 11, URL: <http://www.federalreserve.gov/boardDocs/Speeches/2007/20070411/default.htm> [Stand: 2007-4]

BMA – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), 2006, Die Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Berlin

BMF – Bundesministerium der Finanzen, 2006, Ergebnis der 128. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 2. bis 3. November in Gmund, URL: http://www.bundesfinanzministerium.de/lang_de/DE/Steuern/Steuerschaetzung_einnahmen/Ergebnis_der_Steuerschaetzung/0611011a6002,templateId=raw.property=publicationFile.pdf [Stand: 2007-04]

Burda, Michael C. / Kvasnicka, Michael, 2006, Zeitarbeit in Deutschland: Trends und Perspektiven, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Nr. 2, S. 195–225

Cole, Roger T. / Feldberg, Greg / Lynch, David, 2007, Hedge funds, credit risk transfer and financial stability, in: Financial Stability Review – Banque de France, Paris, S. 7–17

Dekabank, 2007, Zinsstrukturkurven: flache Aussichten, in: Konjunktur-Zinsen-Währungen, März, S. 2–12

EZB – Europäische Zentralbank, 2006, Geldpolitischer Aktivismus, in: Monatsbericht, November, S. 73–89

EZB, 2007a, Monetäre und finanzielle Entwicklung, in: Monatsbericht, April, S. 14–38

EZB, 2007b, Large Banks and Private Equity-Sponsored Leveraged Buy-outs in the EU, Frankfurt am Main

Fuest, Winfried / Thöne, Michael, 2007, Tragfähige Finanzpolitik, IW-Positionen, Nr. 25, Köln

Grömling, Michael / Lichtblau, Karl, 2006, Deutschland vor einem neuen Industriezeitalter?, IW-Analysen, Nr. 20, Köln

HDE – Hauptverband des Deutschen Einzelhandels, 2007, Mehrwertsteuererhöhung – man merkt sie doch, in: Wirtschaftsinformation, Nr. 2

IMF – International Monetary Fund, 2007a, World Economic Outlook, April, Washington D.C.

IMF, 2007b, Global Stability Report, April, Washington D.C.

Ip, Greg / Paletta, Damian, 2007, Regulators Scrutinized in Mortgage Meltdown, in: Wall Street Journal, v. 22.03.2007, S. A1

IW Köln – Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2006, Kein Konjunkturinbruch in Deutschland – IW-Konjunkturprognose 2007, in: IW-Trends, 33. Jg., Heft 3, S. 3–30

Jäger, Manfred, 2006, Finanzmarktstrukturen im Wandel, IW-Analysen, Nr. 21, Köln

Jäger, Manfred / Voigtländer, Michael, 2006, Immobilienfinanzierung – Hypothekennmärkte und ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung, IW-Analysen, Nr. 22, Köln

Kettner, Anja / Spitznagel, Eugen, 2006, Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot. Kräftiger Anstieg nach jahrelangem Rückgang, in: IAB-Kurzbericht, Nr. 6

Lesch, Hagen, 2007, Lohnpolitik, Beschäftigung und Konsum, in: IW-Trends, 34. Jg., Heft 1, S. 31–45

Matthes, Jürgen, 2007, Weltkrieg um Wohlstand und pathologischer Exportboom?, IW-Analysen, Nr. 28, Köln

Mavgas, Emil / Spitznagel, Eugen, 2002, Konjunkturschwäche: Deutliche Bremsspuren auch im gesamten Stellenangebot, in: IAB-Kurzbericht, Nr. 14

Schäfer, Holger, 2003, Reform der Arbeitslosenversicherung, IW-Positionen, Nr. 1, Köln

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2006, Widerstreitende Interessen – ungenutzte Chancen, Jahresgutachten 2006/07, Wiesbaden

IW-Economic Forecast – Spring 2007

For the first time since the end of the long upswing in the 1980s chances are good for lasting dynamic growth in Germany. Real GDP will increase by 2.5 percent in 2007 and 2.2 percent in 2008 which presents Germany with a growth rate above 2 percent for three years in a row. Exports continue to play a dominant role in the business cycle. The world economy stays on its course of solid expansion. In the foreseeable future the production potential will be largely exhausted so that the ongoing need for modernization and investments in new productive capacity will continue to drive the investment cycle. Employment growth will push housing construction and private consumption while the number of unemployed will decrease in 2007 to 3.85 million and in 2008 to 3.62 million. In the wake of the business upturn and stronger government revenue than expenditure growth the budget deficit will fall to 0.9 percent this year and 0.6 percent in 2008.

IW-Prognose

Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2006	2007	2008
Entstehung des preisbereinigten BIP			
Erwerbstätige	0,7	1,3	0,9
Arbeitslosenquoten ¹⁾	10,8	8,9	8,3
Arbeitsvolumen	0,6	1,0	1,0
Produktivität ²⁾	2,0	1,4	1,3
BIP	2,7	2,5	2,2
Verwendung des preisbereinigten BIP			
Private Konsumausgaben	0,8	0,9	1,2
Konsumausgaben des Staates	1,8	1,2	1,0
Anlageinvestitionen	5,6	4,5	3,9
- Ausrüstungen	7,3	7,5	6,0
- Sonstige Anlagen	5,9	5,0	5,0
- Bauten	4,2	2,0	2,0
Inlandsnachfrage	1,6	1,8	1,6
- Export	12,5	9,0	7,5
- Import	11,1	8,5	7,0
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,7	1,7	1,5
BIP-Deflator	0,3	1,5	1,5

Stand: Mai 2007. 1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen. 2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln